Nr. 189 — Halle a. S., Dienstag den 15. August 1911 — 22. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumerando frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfg.
Fernsprech-Anschlüsse: Redaktion: Nr. 855. Expedition: Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Die besiegten Lords.

Das englische Oberhaus hat mit 131 gegen 114 Stimmen die Veto bill unverändert angenommen. Mit dieser völligen, bedingungslosen Unterwerfung der Lords ist die Krise, die zwei Jahre das politische Leben Englands mit Kampf erfüllte, beendet, und zwar mit einem so vollständigen Siege der liberalen Regierung beendet, wie er 1909, ja wie er noch vor einem Jahre unmöglich schien. Das Oberhaus ist vollständig aus der formell mit dem Unterhause gleichberechtigten Stellung hinausgedrängt und behält von der gesetzgebenden Gewalt nur noch den Schatten. Es darf eine Geldbill weder ablehnen noch abändern und was eine Geldbill ist, bestimmt der Sprecher des Unterhauses. Es hat auch bei anderen Gesetzvorlagen bloß ein aufschiebendes Veto. Wenn das Unterhaus seinen Beschluß dreimal innerhalb zweier Jahre wiederholt, wird er trotz des Widerspruchs der Lords Gesetz. Alle zeremoniellen Vorrechte, aller Glanz der Ueberlieferung, alle gesellschaftliche Vorliebe der Engländer für das, was aristokratisch heißt, kann das Gewicht der Tatsache nicht verringern, daß von heute ab in England der Wille des Volkes, soweit er in dem Unterhause zum Ausdruck kommt, souverän ist. Die Macht, die Logik der Entwicklung hat die Prärogativen der Krone, ohne ihren Namen zu ändern, auf das Ministerium, auf den Ausschuß der Unterhausmajorität allmählich übertragen. Dieselbe Entwicklung hat auch fortschreitend das Oberhaus in seiner Bedeutung gegenüber dem Unterhause herabgedrückt, und ein formeller Gesetzakt spricht diese faktische Aenderung in scharfer Form aus.

Der Sieg des Unterhauses ist vollständig, er ist es vor allem durch die Art, wie er erfochten wurde. Noch bevor die Schlacht tatsächlich entschieden war, offenbarte sich der moralische Zusammenbruch der Lords vor aller Augen. Es wäre töricht, toll, herausfordernd gewesen, wenn die Mehrheit des Oberhauses den Kampf bis zum Weißbluten weitergeführt hätte. Aber Klassen, die einer heroischen Narrheit fähig sind, haben noch ein starkes Gefühl ihres Rechts, und glauben an ihre Mission. Die Lords haben sich nach so viel Großsprecherei, nach so lauten Drohungen und Beschimpfungen feige gedückt. Man bedenke doch, daß unter den 625 Mitgliedern des Oberhauses keine fünfzig wirklichen Liberalen sitzen! Und die Liberalen erlangten jetzt die Mehrheit, die konservativen Lords schwiegen nicht nur gegen ihre Ueberzeugung, sie gaben sogar zur Bildung der Majorität die gute Hälfte her, sie gaben ein Votum gegen sich selbst ab! Das mag klug sein, aber der staatsmännische Sinn hat diese Klugheit nicht inspiriert. Solange Lansdowne und seine Getreuen, die Macht des Königs in unbegreiflicher Weise überschätzend, sich der Hoffnung getrösteten, Georg werde die Unterschrift zu einer Massenernennung der Peers verweigern, solange beharrten sie im Widerstand, ohne die politischen Folgen ihrer Hartnäckigkeit irgend in Betracht zu ziehen. Als jedoch der offene Brief Asquiths sie aus ihren gaukelnden Träumen unsanft weckte, fielen sie prompt um. Und was sie dazu bestimmte, war keine politische Erwägung, war nicht einmal Rücksicht auf die Wahrung der historischen Position des Adels: nur die Furcht vor persönlichen Nachteilen, vor der Entwertung der Peerswürde durch eine den Lordtitel lächerlich machende Massennobilitierung bewog die Tapferen zum Rückzug. Die prinzipielle Frage verschwand vor der Frage der Visitenkarte.

Der Verlauf des Kampfes gegen die Lords hat überhaupt viele Illusionen über die Weisheit und staatsmännische Voraussicht des Konservativismus in England in nichts zerflattern lassen. Die Herausforderung zur Fehde ging von den konservativen Lords aus, die Lloyd-Georges Finanzreform verwarfen. Die prinzipielle und parteitaktische Frage, wie das konservative Oberhaus einer liberalen Regierung konsequent das Zustandekommen der wichtigsten Gesetzentwürfe verhinderte, war es nicht, was die Jagdgrafen von ihren Landsitzen nach London trieb, ihre Stimmen gegen die Finanzgesetze abzugeben. Nein, diese „Hinterwälder" des Oberhauses verfolgten dabei keine anderen und keine höheren Ziele als die preußischen Junker, wie sie Bülows Nachlassenschaftssteuer demolierten. Die Millionäre der Börse, die großen Brauherren verbanden sich mit den adeligen Vettern vom Lande, Steuererhöhungen abzulehnen, die die besitzenden Klassen treffen sollten. Um ihre Erbschaften und ihren Bodenbesitz vor erhöhten Abgaben zu sichern, riefen sie jene aufwühlenden Kämpfe herauf. Es ereilte sie noch schneller das Geschick, das eine nahe Zukunft über ihre Geistesverwandten in Ostelbien verhängen wird. Sagt man aber, es sei dem englischen Konservativen die Tugend eigen, die Forderungen der Zeit zu erkennen und, sobald diese unwiderstehliche Gewalt erhalten haben, statt sie aussichtslos zu bekämpfen, sich lieber selbst zu ihren Anwalten zu machen, so war davon diesmal nur das Gegenteil zu sehen. Zweimal hatte das Land gesprochen, an seiner wahren Willensmeinung konnte kein Zweifel bestehen: die Konservativen aber gehorchten der Lehre der Klugheit erst, als die Tracht Prügel in sicherer Aussicht stand. Die äußerste Verblendung des Standesinteresses kann nicht anders handeln; die politische Schulung hat sich wieder einmal, wo Leidenschaft und Selbstsucht sprechen, als eine sehr ungenügende Schutzvorrichtung erwiesen.

Der Sturz des englischen Oberhauses trifft das Ansehen aller ersten Kammern, deren Muster und Vorbild es war. Man wollte uns einreden, daß diese Herrenhäuser, in denen neben der Erbweisheit der großen Familien die Wissenschaft, die Verwaltung, die Politik in ihren erleuchtetsten Vertretern ihren Ausdruck findet, das unentbehrliche Gegengewicht gegen ein von dem beweglichen Volkswillen abhängiges Haus der Gemeinen und Erwählten darstelle. Man weist gern darauf hin, wie unter den konservativen Ministerien das Oberhaus sichtbar in den Vordergrund des Interesses rückte, wie besonders die auswärtige Politik unter den Peers sachkundigere, eifrigere und sogar schärfere und unabhängigere Kritiker fand als unter den Abgeordneten. Aber die Erfahrung und die politische Weitsichtigkeit der Curzon und Milner in allen Ehren: was haben diese Staatsmänner, die jahrelang gewaltige Kolonialreiche an höchster Stelle geleitet hatten, denen man nachrühmte, daß sie sich durch ihre Taten als die wirksamsten Träger des britischen Weltherrschaftsgedankens bezeugt hätten — was haben sie während des Kampfes um die Finanz- und um die Vetobill für die weise Mäßigung einer staatsmännisch erwogenen Politik geleistet? Beide gingen im Zuge der hartnäckigsten, feindseligsten Bekämpfer der Vetovorlagen, beide befolgten bis zum Schluß die Taktik der Desperados. Milner, selbst ein Lord von gestern, ein Aristokrat ohne Ahnen, emporgekommen als der Sachwalter der Minenkapitalisten, fand nicht genug Worte der Entrüstung über den angedrohten Peersschub. Als hätte er an dem Dutzend Jahre, die seinem Adelsschild wahrlich noch den Edelrost nicht aufgelegt haben, ein kostbares historisches Vorrecht zu wahren, so stemmte er sich gegen den Gedanken einer zu politischen Zwecken massenhaft fabrizierten Nobilität. Indes, wenn sich auch die Milner und Genossen, die erfahrenen Männer des Staates, anders, entgegenkommend gegen die Vetobill erwiesen hätten, es hätte an dem Gang der Dinge wenig geändert. Nicht die Klugheit, Erfahrung, Wissenschaft entscheiden, wo große Interessen in Frage kommen. Selbstsucht und Leidenschaft sind durch die abstrakten Lehren der Staatsweisheit nicht zu lenken. Nur die Wahl aus dem Volke vermag deshalb einem Hause das spezifische Gewicht zu verleihen. Das Wohl der Allgemeinheit ringt dem Egoismus der Klassen und der einzelnen bloß dann etwas ab, wenn es als Macht der Allgemeinheit erscheint.

Notjahr.

Die Dürre, von der Mitteleuropa und besonders Deutschland in diesem Sommer heimgesucht wird, wird voraussichtlich wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Folgen zeitigen, die sich in den kommenden Monaten mit zunehmender Stärke bemerkbar machen und noch weit über die bevorstehenden Reichstagswahlen hinaus wirken werden. Lauten die Nachrichten von der Brotgetreideernte, die bei quantitativem Rückgang doch eine gute Qualität zu verzeichnen hat, noch nicht gerade entmutigend, so klingt dafür das, was man von den übrigen Zweigen der landwirtschaftlichen Produktion mit Ausnahme des Weinbaus in diesen Tagen zu hören bekommt, geradezu trostlos. Futternot, Viehseuchen, schlechte Kartoffelernte, das alles eröffnet für die Verbraucher in der Stadt ebenso wie für die Kleinbauern auf dem Lande trübe Aussichten. Man rechnet mit einem Anziehen der Fleisch-, Milch- und Kartoffelpreise, infolgedessen aber auch mit einem Höhergehen der Brotpreise, kurz mit einer abermaligen allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung. Für die Millionen der Industriearbeiter und der kleinen Beamten bedeutet das eine Verminderung der Kaufkraft ihres Lohns oder Gehalts, wachsende Entbehrung, Zunahme der Krankheitsfälle, Verschlechterung ihrer gesamten Lebensbedingungen. Die Kleinbauern mögen in der Erhöhung der Preise, die sie für ihre Produkte erhalten, einen oft kaum zureichenden Ersatz des erlittenen Schadens finden. Die Großgrundbesitzer wissen sich zu salvieren, wenn sie nicht noch aus den Hungerpreisen neuen Vorteil für sich ziehen, und der Zwischenhandel erlebt goldene Zeiten!

Das ist das Empörendste an den bestehenden wirtschaftspolitischen Zuständen, daß die Not der Volksmassen für eine kleine Minderheit zur Quelle des Gewinns werden, und daß zu ihrem Vorteil die Preise der notwendigsten Lebensmittel gesteigert werden noch weit über die von den Weltmarktverhältnissen diktierte Notwendigkeit hinaus. Wäre die Redensart vom Gemeinwohl mehr als eine demagogische Phrase im Munde der bürgerlichen Parteien, gäbe es wirklich ein Volk als ein einheitliches Ganzes und nicht zwei Nationen im Volke, deren Interessen einander schnurstracks entgegenlaufen, dann müßte die drohende Gefahr eines Notjahrs alle Teile der Bevölkerung einander näher bringen und alle müßten sich einigen in dem Wunsche nach Maßregeln, um dem gemeinsamen Feind erfolgreich zu begegnen. Daß dabei die wirklich arbeitende Bevölkerung des flachen Landes nicht geopfert werden darf, ist für einen Sozialdemokraten selbstverständlich. Es ist selbstverständlich, daß auch der Landarbeiter und der hart fronende Kleinbauer ein Recht auf eine menschenwürdige Existenz hat, die ihm die Wirtschaftspolitik des Großgrundbesitzes nicht zu gewähren vermag. Es ist aber ebenso selbstverständlich, daß die arbeitende Bevölkerung der Stadt nicht noch mehr als unbedingt nötig hungern will, um Großgrundbesitzern und Zwischenhändlern die Taschen zu füllen.

Das Wesen unserer Wirtschaftsordnung ist eine allgemeine Anarchie, in der jeder nimmt, was er kriegen kann, und nur die großen Räuber sind es, die den Schutz dieser sogenannten Ordnung genießen. Die Hochschutzzollpolitik setzt den Preisen der Lebensbedürfnisse Grenzen nach unten, aber nicht nach oben. Sie verhindert das Hinabgleiten der Preise unter die Summe des Weltmarktpreises plus Zoll, sie verhindert aber nicht ihre phantastische Steigerung durch gewissenlose Preistreibereien. Sie „schützt" Reiche, indem sie Arme zum Hungern zwingt. Stünde es so, daß die wohlhabenden Leute etwas mehr zu zahlen hätten, damit der Bauer leben kann — wer wollte sich einer solchen Einrichtung widersetzen? Aber die herrschende Wirtschaftspolitik mästet Großgrundbesitzer und verteuert den Arbeitern das Brot, sie wirft die konsumierenden Massen dem Zwischenhandel als schutzlose Beute hin. Und mehr noch: während sie das Einkommen eines kleinen Teils der Bevölkerung durch staatliche Eingriffe erhöht, tritt sie den Arbeitern, die ihr Einkommen entsprechend den gesteigerten Preisen zu erhöhen suchen, mit drohend gerechter Faust entgegen.

Derselbe Zentralverband der Industriellen, der den Agrariern das Brot verteuern hilft, fordert neue Zuchthausgesetze gegen die Gewerkschaften und findet dabei die wohlwollende Unterstützung der konservativen Parteien.

Die Arbeiter müßten eine Hammelherde sein oder sie müßten Wasser statt Blut in den Adern haben, würden sie sich einer solchen Wirtschaft nicht mit dem Mut der Verzweiflung widersetzen. Ihr Kampf richtet sich nicht gegen die ehrlich schaffende Arbeit des platten Landes, sondern gegen die Grundrente müßiger Großbesitzer und gegen zwischenhändlerischen Wuchergewinn, die aus den bestehenden Zuständen den weitaus größten Nutzen ziehen.

Darum heißt es beizeiten: Fort mit den Lebensmittelzöllen, freie Vieh- und Fleischeinfuhr, kein Mißbrauch gesundheitspolizeilicher Maßregeln zu hochschutzzöllnerischen Zwecken! Kampf um eine freie, auf gleichem Wahlrecht beruhende Selbstverwaltung der Gemeinden, die mit weitestgehenden Vollmachten gegenüber dem Zwischenhandel in Lebensmitteln ausgestatten sind! Förderung der Konsumgenossenschaften, um wucherischen Praktiken des Zwischenhandels erfolgreich begegnen zu können, Hochdruck in der gewerkschaftlichen Arbeit, um erhöhte Kosten der Lebenshaltung durch Lohnsteigerung auszugleichen! Ersparnis an militärischen Ausgaben, scharfe Besteuerung der Reichen, um den wirklich Notleidenden in Stadt und Land in ausreichender Weise helfen zu können!

Es klingt wie Hohn auf die Not des Volkes, wenn man liest, daß sich zurzeit nicht weniger als rund eine Million junger arbeitskräftiger Männer „unter den Waffen" befindet. Statt sich zur Abwehr zu sammeln gegen den gemeinsamen Feind aller Nationen, das drohende Hungergespenst, verschleudert man Unsummen menschlicher Arbeitskraft zur Vorbereitung eines großen Völkerschlachtens — und den wahren Patrioten ist's ja mit dem bloßen Vorbereiten auch noch nicht genug! Sie möchten das Notjahr 1911-12 zum Kriegsjahr machen, um im Namen der nationalen Ehre auch das noch zu vernichten, was trotz Dürre und Seuche dem Volk zur Fristung des nackten Lebens übrig geblieben ist. Die Hochschutzzöllner und Scharfmacher sind zugleich die ärgsten Kriegshetzer! Grenzsperre, Arbeiterunterdrückung, Krieg — das ist ihr Notstandsprogramm!

Wenn das Volk zur rechten Zeit die Augen aufmacht, wird es ihm gelingen, die schlimmsten Folgen des drohenden Notjahrs abzuwehren. Mag dieses Notjahr ein Lehrjahr werden, um die Solidarität aller Arbeitenden gegen ihre Ausbeuter zu verwirklichen!

•

Agrarische Unersättlichkeit. Seit etwa Jahresfrist läßt der Direktor des Bundes der Landwirte, Abg. Hahn, im Reichstag keine Gelegenheit vorüber gehen, ohne dafür einzutreten, daß ein Zoll auf Seefische eingeführt wird. Diesen Zoll verlangt der Höchstkommandierende der Lebensmittelwucherer lediglich aus Rücksicht auf seinen Wahlkreis, und er hat es auch bereits erreicht, daß ein von den pommerschen Agrariern gegründeter Fischereiverein beim Reichstag um Einführung eines Schutzzolles auf frische Fische petitioniert hat. Gegen dieses Treiben erhoben nun die Berufsfischer der Frischen Nehrung in einer Gegenpetition entschieden Protest, indem sie darauf hinweisen:

Durch die Einführung eines Schutzzolles auf frische Fische würde den Berufsfischern keinerlei Vorteil erwachsen. Es würde durch die Einführung eines Fischzolls nicht nur uns, sondern namentlich den breiteren, ärmeren Schichten auf dem Festlande ein billiges und gesundes Volksnahrungsmittel verteuert werden. Außerdem würde die im Wachsen und Blühen befindliche deutsche Fischindustrie ihre Betriebe teilweise schließen oder einschränken müssen, wodurch Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen brotlos werden würden. Es bitten die Berufsfischer der Frischen Nehrung aus den angeführten Gründen von der Einführung eines Schutzzolles für frische Fische abzusehen.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 14. August 1911.

Und noch eine Reichstagsnachwahl.

Aus Konstanz wird gemeldet: Der Reichstagsabg. Geh. Finanzrat Friedrich Hug ist am Sonntag im Alter von 72 Jahren in Konstanz gestorben. Er vertrat bei Lebzeiten den ersten badischen Wahlkreis Konstanz-Ueberlingen-Stockach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191108 15-14/fragment/page=0001

hug gehörte dem Zentrum an, wie überhaupt der Wahlkreis Konstanz seit 1830 von ihm ununterbrochen vertreten wurde. Vorher war der Kreis (von 1871—1890) nationalliberaler Besitz. Im Jahre 1907 erhielten Stimmen: Zentrum 14 327, Nationalliberale 8596, Sozialdemokrat 2565. Die Nationalliberalen werden durch diese Nachricht in die peinliche Lage versetzt, gegen ihre schwarzen Freunde ankämpfen zu müssen, denn so wie in Düsseldorf, wo sie zugunsten des Zentrums auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichten (trotzdem sie 1907 nicht weniger als 14 000 Stimmen hatten!), werden sie es in Konstanz nicht treiben können. Da sie hier als Hauptgegner der Schwarzen in Frage kommen, wäre ihre erbärmliche Taktik für die Oeffentlichkeit doch zu sehr durchsichtig. Wären die Nationalliberalen nicht gar so erbärmlich waschlappig, so müßte es gelingen, dem Zentrum auch diesen Wahlkreis zu entreißen. Sicher ist aber das eine, daß die Sozialdemokratie einen starken Stimmen zuwachs zu verzeichnen haben wird.

Um Marokko.

Der „nichtsnutzige Unfug".

Bethmann Hollweg hält es für notwendig, in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung noch einmal die Post wegen ihres Marokkoartikels abzustrafen. Diesmal kommt es ihm hauptsächlich darauf an, die Uebereinstimmung zwischen Ministern und dem Kaiser zu dokumentieren. An der Spitze der Wochenrundschau in der Nummer vom 13. August schreibt die Nordd. Allgem. Ztg.:

Es war ein Rückfall in eine für überwunden gehaltene üble Gewohnheit, daß in demjenigen Teil der deutschen Presse, der sich für besonders patriotisch hält, ohne jeden Grund die Person Seiner Majestät des Kaisers in den politischen Tagesstreit gezerrt worden ist. Der Appell von der deutschen Regierungspolitik an eine angeblich abweichende persönliche Politik des Monarchen wurde zuerst in der ausländischen Presse laut. Unsere nationalen Blätter konnten diesen kläglichen Versuch, den Kaiser gegen seine Berater auszuspielen, mit Verachtung strafen oder ihn ernst zurückweisen. Unerhört aber war es, daß eine unter der Flagge einer monarchischen Partei segelnde Zeitung, gestützt auf ausländische Tendenzmärchen, das Signal zu einer neuen Kaiserhetze gab. Der Streich ist mißlungen. Die deutsche Presse hat es, auch in Blättern alldeutscher Richtung, abgelehnt, in diese verleumderische Tonart gegen das Oberhaupt des Reiches einzustimmen. Der antimonarchische Hetzartikel verfündigte sich nicht bloß in der Form; er ist in der Sache grundfalsch und tut dem Kaiser bitter unrecht. Er fördert eine Legendenbildung, die wir zerstören müssen. Die Post hat in einer späteren Auslassung noch wieder von „einem kalten Sturzbad von Swinemünde" geredet, worunter sie die Ausübung eines kaiserlichen Druckes auf den Reichskanzler und das Auswärtige Amt im Sinne ausländischer Wünsche versteht. Das ist abermals nichtsnutziger Unfug. Die Durchführung unserer Politik erfordert es, rücksichtslos mit der Unwahrheit aufzuräumen, diese Politik weise in irgendwelcher Unentschlossenheit an höchster Stelle einen schwachen Punkt auf, mit dem das Ausland rechnen könne.

So scheinbar entschieden das klingt, so wenig täuscht man sich darüber, daß sich Wilhelm II. von den Einflüssen der Kriegstreiber völlig fernhalten könnte. Der ganze Spektakel bestätigt nur immer wieder, daß endlich das Volk seine Geschicke in die Hand nehmen muß, denn die Regierung kann jeden Augenblick wieder umschwenken.

•

Der Aufruf des Parteivorstandes

gegen die Kriegshetze und den Marokkoschacher wird von unserem französischen Bruderblatt, der Humanité, vollinhaltlich wiedergegeben. Die Humanité schreibt dazu:

„Es ist wertvoll, immer von neuem wieder der von der französischen Bourgeoisie verbreiteten Verleumdung entgegenzutreten, nach der die Sozialisten Deutschlands als gelehrige Schüler der kriegerischen Absichten des Imperialismus hingestellt werden. Genau so wie die Herrschenden von da drüben — Genosse Bauer erinnerte erst kürzlich in der Versammlung im Wagramsaale daran — unseren deutschen Genossen gegenüber den „Patriotismus" der französischen Sozialisten nicht genug zu rühmen wissen.

Ferner kann man kaum bestimmter und klarer als in diesem Aufrufe dartun, daß die Aktion des Sozialismus gegen den Krieg sich nicht auf rein platonische Friedensbeteuerungen beschränkt. Sie richtet sich vielmehr direkt gegen die Ursachen des Krieges, die im Kapitalismus ihre Wurzel haben, vor allem aber gegen die koloniale Entwicklungspolitik als der Schöpferin der Konflikte.

Wie man sieht, haben unsere deutschen Genossen nicht die Absicht, sich mit dem Erfolge der zwei oder drei internationalen Kundgebungen zu begnügen. Sie setzen in ihrer Heimat den Kampf fort, indem sie ihn verschärfen. Das ist die Pflicht der Arbeiterklasse in allen Ländern."

•

Neue Unruhen? Der Korrespondent des Matin in Tanger will von zuverlässiger Seite Nachricht über Unruhen im Suzgebiet erhalten haben. Farndant, die Hauptstadt des Suzgebietes soll von Stämmen, die dem dortigen Scheich seine Freundschaft mit den Christen nicht verzeihen können, erobert und gepfändet worden sein, auch mehrere Personen wurden getötet. Man versichert, daß sich in der dortigen Gegend drei Deutsche, die Agenten der Gebrüder Mannesmann sind, und drei Franzosen aufhalten, von denen einer ein Agent der Compagnie maroccaine ist, während die beiden anderen Beamte der Union des mines sind. Wieweit die Unruhen auf diese „Pioniere" des Kapitalismus zurückzuführen sind, läßt sich nicht feststellen.

„Der Tag nach der Revolution."

Gewerkschaftliche Reiseeindrücke.

Aus Paris, 12. August, schreibt uns unser Mitarbeiter:

Es ist viel über den Besuch der französischen Gewerkschaften in Deutschland geschrieben worden, besonders von der bürgerlichen Presse Frankreichs, die sich noch immer nicht darüber trösten kann, daß sich die französischen Syndikalisten durch den Augenschein überzeugen konnten, daß die organisierten Arbeiter Deutschlands ebensowenig kriegslüstern sind, wie ihre französischen Kameraden. Für uns war besonders interessant, den Eindruck kennen zu lernen, den die deutschen Gewerkschaften auf die französischen Delegierten gemacht haben. Am besten und unmittelbarsten geht das zweifellos aus einem Artikel hervor, den Georges Yvetot, der von der Berliner Polizei ausgewiesene Sekretär der Konföderation in deren Organ veröffentlicht hat. Yvetot, das sei vorausgeschickt, ist Anarchist und Gegner der zentralistischen Gewerkschaften. Er schreibt u. a.: „Wir haben das Räderwerk der Gewerkschaften Deutschlands beobachtet, kommentiert, beurteilt. Es war instruktiv. Aus dem Munde der bedeutendsten Kämpfer der stärksten Organisationen haben wir die kolossalen Zahlen der Mitglieder und der Mitgliedsbeiträge kennen gelernt. Es ist bewunderungswürdig! .... Was ich bewundert habe, das war die Ordnung und Reinlichkeit überall. Was mich gehoben hat, das war, bescheidene, sehr bescheidene Kämpfer am Werke zu sehen, die sich weder Päpste noch Pfiffikusse glauben, die einfach und diskret stolz auf das vollendete Werk bleiben, die in unbekanntem Ehrgeiz bestrebt sind, es noch zu verbessern, ohne Prahlerei, ohne Autoritätssucht, ohne Lärm. Ich war darauf gefaßt, daß man uns mitteilen würde, daß die Gewerkschaftsbeamten Deutschlands Pfründner seien, wie in England und vor allem in Amerika. Aber mit welch angenehmer Enttäuschung wurde ich aufgeklärt, daß ihre Gehälter den unseren gleichkommen, das heißt ausreichend und normal sind .... Wir haben viel von ihnen zu lernen, sie haben aber auch von uns zu lernen. Wir haben, als wir euch besuchten, deutsche Kameraden begriffen, welche Schätze von Verwaltung eure Organisation enthält: Ihr seid reif, um die Gesellschaft nach der Revolution zu verwalten.

Stellen wir uns einmal unter uns vor, daß diese soziale Revolution, die das gesamte Proletariat der Welt antreibt, drei Phasen hätte. Wir werden sofort leicht zugeben können, daß die französischen Gewerkschafter deren Vorabend sind — sie sind die Aktion — und daß die deutschen Gewerkschaften der Tag nach der Revolution sind — sie sind die Verwaltung.

So verdollständigen sich die beiden unterschiedlichen Formen unserer Gewerkschaften in harmonischer Weise und niemand von uns hat Ursache, den andern zu verlästern. Am besten ist, sich zu verstehen und zu vereinigen. Dazu soll unsere Reise nach Berlin gedient haben, dazu wird sie dienen. Sie hat noch zu etwas anderm, Unmittelbarem, viel Ernsterem gedient: Die Brüder haben sich erkannt, die Brüder haben unter sich den Bund effektiver und dauernder Freundschaft besiegelt. Und das, Bourgeois Frankreichs und Deutschlands, ist ungeheuer ernst. ..."

Reserveoffizier und politische Ueberzeugung.

In der Diskussion über die vom preußischen Kriegsminister geforderte Gesinnungstüchtigkeit der Reserveoffiziere wurde mitgeteilt, daß der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Potthoff unangefochten bayrischer Reserveoffizier sein könne, ohne daß ihm die oppositionelle Haltung in dieser militärischen Stellung irgendwie schade. Diese Behauptung trifft nicht zu und die bayrische Regierung hat keinen Anspruch auf das Lob, das darin für sie lag. Das Berliner Tageblatt veröffentlicht jetzt eine Stelle aus einem Briefe des Dr. Potthoff, die folgendermaßen lautet:

Ich habe zwar ein Jahrzehnt lang die Uniform des Reserveoffiziers (in Bayern) getragen, aber seit einigen Monaten meinen Abschied genommen, weil das Bezirkskommando sich erlaubte, meine politische Tätigkeit zu kritisieren und das Kriegsministerium dem zustimmte.

Also in Bayern wie in Preußen. Soweit ist die Verpreußung des Südens schon vorgeschritten, daß auch Bayern trotz aller militärischen Reservatrechte der Reserveoffizier eine politische Meinung nur haben darf, wenn sie der Regierung zugute kommt.

Mecklenburger Zwickmühle.

Die mecklenburgischen Junker, die bisher die Einführung einer Verfassung für die beiden Mecklenburg verhinderten, befassen jüngst die Unterzeichner, in einem von ihnen ausgestellten Verfassungsentwurf zu verlangen, daß die Masse des Volkes entrechtet bleiben müsse. Diesen Vorschlag haben die trutzigen Ritter nunmehr dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz überreicht, der den Herren die für einen Landesfürsten immerhin recht bemerkliche Antwort gab:

Der mir bereits bekannte Inhalt der von Ihnen überreichten Resolution meiner getreuen Ritterschaft erfüllt mich mit Betrübnis und aufrichtiger Sorge. Ich bedaure dies sehr. Ich bin stets der Ueberzeugung gewesen, daß das Bedürfnis nach einer Aenderung der bestehenden Landesverfassung vor allem aus der Notwendigkeit entspringt, weitere Kreise der Bevölkerung zur Beratung und Beschlußfassung über die wichtigsten Landesangelegenheiten heranzuziehen, und zwar schon allein aus dem Grunde, weil die persönlichen und pekuniären Opfer, die für die Förderung der Landesinteressen gebracht werden müssen, wie in allen deutschen Staaten, so auch bei uns von Jahr zu Jahr größere und beschwerlichere werden.

Das klingt ganz nett, ist aber nichts weiter, als ein neuer tauber Zug in der Zwickmühle. Die Rede bestätigt wiederum, daß die „weiteren Kreise" nur deswegen herangezogen werden sollen, weil die Staatskasse leer ist und die Junker ihren Herrn viel zu knapp halten. Der mecklenburgische Landesvater ist in einer verzwickten Lage, denn diese Rede werden die „Ritter" nicht ungerochen hingehen lassen.

Deutsches Reich.

— Hintertreppenpolitik. Der Schwiegersohn des verstorbenen „Königs" Stumm, Generalleutnant z. D. v. Schubert, ist im Wahlkreise Neunkirchen wieder als Kandidat für die kommenden Reichstagswahlen aufgestellt worden. Auf den schüchtern erhobenen Einwand, daß er sich im Reichstage nur wenig bemerkbar gemacht habe, bemerkte er: persönliche

---

5] **Das Monopol.** [Nachdr. verb.

Sozialer Roman aus dem russischen Volksleben

von Karl Kuhls.

Dmitrienwa — so wurde Natascha's Mutter kurzweg genannt — wollte ein anständiges Geschäft leiten. Auf diese Weise hoffte sie sich gute Stammgäste heranzuziehen. Da machte sie aber bald die Erfahrung, daß die Russen im allgemeinen schlechte Biertrinker sind, daß die vielen, im Vorarte existierenden Bierschenken vom Bierhandel allein unmöglich bestehen konnten und daß sie im Grunde nichts als „geheime" Schnapsbuden und Bordelle waren, in welchen Unzucht und schamloseste Ausbeutung der armen Opfer auf die Spitze getrieben wurden. „Geheim" konnte man diese Schandbuden jedoch nur insofern nennen, als die Polizei sich redlich bemühte, ihre Existenz der hohen Obrigkeit gegenüber zu verheimlichen. Es bestand nämlich ein erbitterter Kampf der offiziell bestätigten, sehr hohe Steuern zahlenden Etablissements dieser Art mit den Kneipen. Zwar wurden infolge der endlosen Klagen der „Privilegierten" vom Generalgouverneur oft strenge Untersuchungen eingeleitet. Diese Untersuchungen hatte die Polizei zu führen. Die Polizei hatte jedoch das größte Interesse daran, das Unwesen zu benamteln. Es war das eine der ergiebigsten Einnahmequellen der niedrigsten als auch der höchsten Chargen des betreffenden Reviers.

Weil nun Dmitrienwa dem frechen Ansinnen der Polizei, ebenfalls hohe Abgaben zu zahlen, nicht entsprechen wollte, wurde sie sehr bald von ihr aufs ärgste schikaniert. Da auch die erhoffte anständige Kundschaft ausblieb, sah die Frau ihren baldigen Ruin vor Augen, wenn sie nicht ihr System änderte. In der Schenke hatte sie sich sehr bald angewöhnt, manches Glas Bier über den Durst zu trinken. Und in der Bierlaune war sie den Einflüsterungen und Ratschlägen anderer weit zugänglicher. So dauerte es nicht lange — und Dmitrienwa schwamm mit dem Strom.

Wenn nun aber auch ihr Geschäft anfänglich einen Aufschwung nahm, so ging es dafür mit ihrer Moral immer mehr bergab. Und in einer sittlich auf tiefste verkommenen Sphäre verlebte Natascha ihre Kinderjahre. Freilich, anfangs wußte sie noch nicht, was all die vielen Dirnen zu bedeuten hatten, welche beständig in der Schenke herumlungerten. Sie wußte aber sehr gut, daß es etwas Unerlaubtes war. Kamen mal aus der Stadt höhere Beamte, um die Bierschenken Kunowinos zu revidieren, so waren es die Kinder, welche die Nachricht von den Schutzleuten zuerst erhielten, da sie sich ja meistens auf der Straße umhertummelten. Dann liefen die Kleinen, was sie nur laufen konnten, zu den Eltern, um sie vor der drohenden Gefahr zu warnen. Im Nu waren die Dirnen aus dem Schankzimmer verschwunden, und die Untersuchungskommission konnte der hohen Obrigkeit berichten, daß sie alles in bester Ordnung gefunden habe, und daß die Klagen der Bordellwirte und Schnapsbuden sich wieder einmal als müßige Denunziationen erwiesen hätten.

Oft allerdings hing die Entdeckung an einem Haar. Natascha erinnerte sich solcher Szenen nur zu gut. Man hatte es schließlich doch begriffen, daß die Polizei mit den Bierwirten gemeinsame Sache machte, und wollte der Sache auf den Grund gehen. Jedoch auch für plötzliche Ueberraschungen waren alle Sicherheitsmaßregeln getroffen. Nach den bestehenden Bestimmungen durften nämlich die Schenken mit der Wohnung des Inhabers nicht zusammenhängen, auch nicht separate Ausgänge in den Hof haben, wo die Dirnen gewöhnlich wohnten. Es hätte also der Verkehr der Mädchen durch die Ladentür geführt werden und dadurch bald in der Nachbarschaft auffallen müssen. Davon war jedoch nur sehr selten etwas zu merken. Wie oft war doch Natascha durch die hinter dem Ladentisch befindliche, mit Tapeten verkleidete, kaum zwei Fuß hohe, geheime Tür geschlüpft, welche aus der Schenke in die Stube ihrer Mutter führte. Von dort konnte man unmittelbar in den Hof gelangen. Diese Geheimtür wurde von den Mädchen fast immer, von den Männern sehr oft als der kürzeste und unauffälligste Weg zu den Zimmern der Dirnen benutzt.

Die Mutter mochte trotz des wüsten Lebens, welches sie schließlich nur noch führte, erkannt haben, daß ihr aufgewecktes, munteres Kind in der schlechten Umgebung verderben und verkommen müßte; außerdem war Natascha ihr insofern lästig geworden, als sie ihr nicht mehr das Verhältnis glaubte verbergen zu können, welches sie mit Gawrjuscha, einem viel jüngeren, aber gänzlich verbummelten Subjekt, angeknüpft hatte. So mußte das Kind aus dem Hause und wurde in die Stadt zu einer Damenschneiderin in die Lehre gegeben.

Dort wurde die Arbeitskraft der Kleinen schon früh aufs schamloseste ausgenutzt. Im ersten Jahre bekam sie überhaupt nur sehr selten eine Nadel in die Hand, morgens um sechs mußte sie sich schon von ihrem harten Lager erheben, den großen Samowar, den sie kaum heben konnte, in die Küche schleppen, mit Kohlen füllen, brennende Siensspäne nachstecken, das eiserne Abzugsrohr anstellen und das Wasser zum brodeln bringen. Nach dem Tee hatte sie die Zimmer zu fegen, die Betten zu machen, die Kinder ihrer Prinzipalin zu warten, in die Bade oder mit der Köchin auf den Markt zu laufen, kurz alle Dienste einer Magd zu leisten. Und das ging so bis Mitternacht. Dann suchte das arme achtjährige Kind erschöpft sein Lager auf, um am nächsten Morgen wiederum den großen Samowar in die Küche zu schleppen.

Als endlich eine neue Lehrmädchen eingestellt wurde, kam Natascha in die Nähstube. Sie war gelehrig geschickt und bekam infolgedessen bald auch bessere Arbeit, als Seftäden ausziehen. Freilich wurde sie auch hier nicht geschont. Namentlich zur Zeit der Saison hatten die Näherinnen ein wahres Sklavenleben. Mußte eine Bestellung fertig werden, so wurde oft die ganze Nacht hindurch gearbeitet, und dann gab es nur wenige Stunden Schlaf. Während dieser Zeit, im Herbst, vor Weihnachten und vor Ostern, waren die Mädchen alle vor Uebermüdung aschfahl aus; aber da war eben nichts zu machen: die Arbeit mußte fertig werden, damit die Bestellerin zufriedengestellt wurde.

Nur während der ersten Sommermonate gab es für die Schneiderinnen in Nischny-Nowgorod wenig zu tun. Dann durften die Mädchen öfter nach Hause und konnten sich erholen, um schon nach kurzer Zeit die kaum gesammelten Kräfte wiederum für ihre Gebieterin zu Markte zu tragen. War es da zu verwundern, daß die Mädchen, kaum den Kinderschuhen entwachsen, die erste Gelegenheit benutzten, um sich ein leichteres Leben zu schaffen? Wo anders in der weiten Welt entnimmt auch die Armee der Prostituierten ihren Nachschub vorzugsweise der Nähstube, als in Rußland? Man wettert gegen die Sittenlosigkeit der jungen Mädchen, gründet Magdalenenstifte, wo Scheinheiligkeit gezüchtet wird, und die hohen Damen sich Ehrenzeichen für ihre christlichen Liebeswerke verdienen; aber die Wurzel des Uebels läßt man unberührt. Und die Damenschneiderinnen jammern über den Mangel an Näherinnen!

Da Natascha ihre erste Kindheit im Hause der Mutter in Elend und Entsagung hatte zubringen müssen, etwas besseres also überhaupt nicht kannte, so erschien ihr die Lehrzeit bei der Schneiderin trotz aller Schattenseiten als eine Erlösung. Sie hatte hier wenigstens ihr regelmäßiges, nahrhaftes Essen, was zu Hause nie der Fall gewesen war. Und da sie einen kräftigen Organismus hatte, konnte sie das schwere Leben noch verhältnismäßig leicht ertragen. Sie machte gute Fortschritte und konnte nach ihrer achtjährigen Lehrzeit auch etwas leisten. Das erfreute sie, und sie dachte daran, wie schön es doch sein müßte, einst selbständig zu werden.

Trotz ihrer großen Jugend war sie mit fünfzehn Jahren eig gut entwickeltes und sehr hübsches Mädchen. Es fehlte ihr sehr bald nicht an Gelegenheit, Herrenbekanntschaften zu machen. Ja, sie kannte einige Schneidermädchen, welche sich längst nicht mehr mit der Nadel ernährten, sich dafür aber ein Geschäft daraus machten, ihre unerfahrenen ehemaligen Kolleginnen zu verkuppeln. Dazu gab es gerade in Nischny-Nowgorod infolge der großen Messe, die dort jährlich abgehalten wird, Gelegenheit die Hülle und Fülle. Natascha hatte jedoch schon in der Kindheit so manches gesehen, was sie später, als sie darüber nachdenken lernte, begriff. Sie wußte sehr gut, was für sie auf dem Spiele stand, und verstand es, den ihr wiederholt gestellten Schlingen geschickt auszuweichen. Ihre Mutter besuchte sie nur ungern, weil das wüste Leben in der Schenke ihr zuwider war. Während sie zur Jungfrau heranreifte, entwickelte sich bei ihr auch das Schamgefühl überaus scharf, und gleichzeitig der feine Instinkt des schützenden Abwehrtriebes. Aus diesem Grunde fühlte sie auch bald heraus, daß die Mutter seit einiger Zeit in einem ganz anderen Ton mit ihr sprach, als früher. „Ach, Nataschinka, wie bist du groß, wie bist du schön geworden," sagte die Alte jedesmal zu ihr, wenn die Tochter sie besuchte. Und Gawrjuscha, der sich längst ganz bei der Mutter einquartiert hatte, ihr beim Geschäft half, aber meistenteils mit ihr um die Wette trank, warf dem Mädchen wiederholt lüsterne Blicke zu.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191108 15-14/fragment/page=0002

Beziehungen zu den Ministern seien wertvoller als wüste, zum Fenster des Parlaments hinausgehaltene Reden.

Herr v. Schubert, der sich hier seiner Arbeit hinter den Kulissen rühmte, ist Hospitant der nationalliberalen Partei.

— „Spionage." In Metz wurden wieder einmal vier Mann wegen „Spionage" verhaftet. Es handelt sich um Leute, die früher bei der Fortifikation tätig waren. Einer der Verhafteten wurde freigelassen und entfloh nach Frankreich. Von den anderen ist einer ein früherer Fremdenlegionär.

— Anarchistischer Kuchen. Die Polizei übermittelt der Berliner bürgerlichen Presse wieder einmal eine anarchistische Schauergeschichte. Einem bekannten Berliner Anarchisten soll aus London eine Kiste mit Kuchen zugegangen sein, als man aber die Kiste auf dem Zollamt zum Zwecke der Verzollung geöffnet und den Kuchen untersucht habe, seien anarchistische und antimilitaristische Schriften in dem Kuchen verborgen gewesen. Absender dieses interessanten Paketes soll ein gewisser Moffett in London sein. Die Staatsanwaltschaft habe die Sendung beschlagnahmt. — Wahrscheinlich wird sich die ganze Geschichte als ein Hundstagskuchen herausstellen.

Aus der Partei.

Der Revisionismus in Stuttgart.

In Stuttgart hat unsere Parteiorganisation schwere innere Kämpfe durchzumachen, die sich seit etwa einem Jahre in heftigen Differenzen entladen. Diese Kämpfe kommen nicht von ungefähr, entspringen nicht „persönlichen Quertreibereien", wie die Revisionisten so gern glauben machen möchten, nein, diese Kämpfe sind ein Produkt der unaufhaltsamen industriellen Entwicklung, die die Klassengegensätze verschärft und es unbedingt erforderlich macht, daß dieser scharfe Klassenkampf durch die Führer der Partei im öffentlichen Leben und in der Presse klar und scharf zum Ausdruck kommt. Daran hapert's aber in Stuttgart — das ist die Ursache der Konflikte. Ehedem war es in der schönen schwäbischen Hauptstadt so reizend gemütlich und die Größe und Tiefe der Klassenkämpfe noch nicht so augenfällig, daß die Massen ohne weiteres klar sehen und die schärfste Tonart fordern konnten. Es entsprach durchaus dem Stande der Dinge, daß alle führenden Aemter und Posten der Partei mit Genossen besetzt wurden, die den Schwerpunkt der proletarischen Macht mehr im Unterhandeln und Parlamentieln mit den Gegnern als in der scharfen Herausschälung des Klassenkampfstandpunktes und der unversöhnlichen Gegnerschaft gegen alle bürgerlichen Parteien und ihre Regierung erblickten. Hinzu kam die Enge des kleinen württembergischen Staatswesens und der freiere gesellschaftliche Ton Süddeutschlands. Durch diese jahre- und jahrzehntelange „harmonische" Parteitaktik wurde der ganze Führungsapparat mit großer Präzision auf die „Richtung" eingestellt, die die Partei als „revisionistisch", besser „opportunistisch" charakterisiert hat.

Nun hat aber die sozial revolutionierende Tätigkeit der kapitalistischen Entwicklung nach und nach so stark eingesetzt, daß nicht nur Groß-Stuttgart eine Proletarierzentrale geworden, sondern auch auf dem Lande überall die Klassengegensätze vertieft und verschärft worden sind. Diese soziale Revolutionierung arbeitet an der politischen, so daß die Proletariermassen den Klassenkampf in all seiner Gewalt und seinen Konsequenzen verstehen gelernt haben — trotz dem Fehlen der theoretischen Aufklärung durch die revisionistische Tagwacht. Die Stuttgarter Genossen haben sich entsprechend ihrer Anschauung bald eine Parteileitung gegeben, die den politischen Klassenkampf in ihrem Sinne führt. Aber die Presse versagte, sie blieb auf den altgewohnten Ton gestimmt. Der Konflikt wurde verschärft durch die unglückliche Aufstellung Lindemanns als Bürgermeisterkandidaten, was bekanntlich gegen die Empfehlung der Parteileitung im Kampfeseifer beschlossen wurde. Lindemanns Art der Kampfesführung wirkte aber „aufklärend" genug, so daß die Massen einmal in praktischer Form sahen, wohin die Reise der Führer geht. Die Stuttgarter Genossen erkannten, daß sie sich unbedingt einen entscheidenden Einfluß auf die Redaktionsführung der Tagwacht sichern müssen, um die grundsätzliche Schulung der Genossen so betreiben zu können, daß eine Einheitlichkeit in Theorie und Praxis des Klassenkampfes hineinkomme. Bisher untersteht die Tagwacht nur der Kontrolle durch den Landesvorstand und den Landesausschuß, der in den altgewohnten und „bewährten" Bahnen arbeitet. In einer großen Parteiversammlung wurde über die Taktik der Tagwacht zu Gericht gesessen und mit erdrückender Mehrheit die Errichtung einer Preßkommission beantragt, in die der Landesvorstand ruhig ein Drittel der Mitglieder entsenden soll. Der kommende Landesparteitag soll darüber Beschluß fassen.

Nun hat die Redaktion der Tagwacht in ihrer gestrigen Sonntagsausgabe einen langen Artikel „Zur Abwehr" veröffentlicht, in der sie den Stuttgarter Genossen den Vorwurf macht, sie hätten ihr das Recht der freien Meinungsäußerung entzogen. Das treibt den Konflikt auf die Höhe, denn dieser Vorwurf ist eine Provokation und wird von den Gegnern — wie wir soeben bereits in einem eiligen Telegramm der Frankf. Zeitung lesen — sofort ausgenutzt, um über „den Terrorismus" in der Partei zu zetern. Dabei genießt die Redaktion der Tagwacht das Recht der freien Meinungsäußerung so reichlich, daß sie mehr als eine Seite lang gegen die Stuttgarter Parteigenossen schreibt.

Interessant ist, daß sich die Tagwacht in herzbrechenden Tönen immer wieder gegen den Vorwurf wehrt, sie habe ihre Taktik im revisionistischen Sinne geändert. Uns scheint, daß sie in diesem Falle recht hat — sie hat sich wirklich nicht geändert! Den Stuttgarter Genossen erscheint dies nur so, weil sich die Stuttgarter Genossen inzwischen zur Klarheit über den schärfsten Klassenkampf durchgerungen haben, diese Erkenntnis aber im Preßorgan nicht zum Ausdruck kommt. Früher genügte ihnen die Haltung der Tagwacht, da sie ihrem Empfinden entsprach, jetzt aber nicht mehr, da sie inzwischen von der Entwicklung der kapitalistischen Tatsachen eines besseren belehrt wurden. So erklärt sich der ganze innere Kampf, der unbedingt einmal, sei es wann es sei, mit dem Siege der „radikalen" Taktik enden muß.

Durch die Erkenntnis dieser sachlichen Ursachen ergibt sich auch, daß den Redakteuren ein persönlicher Vorwurf nicht gemacht werden kann, trotzdem ihnen die Kämpfe gegen ihre Haltung freilich als „persönliche Ranküne" erscheinen und sie nur in den paar Wortführern der Radikalen das ganze Unheil sehen. Dieser Gedankengang entspricht durchaus revisionistischen Anschauungen über die gesellschaftliche Entwicklung im Kleinen, trotzdem wird auch er einmal erledigt werden.

Wir haben diese Ausführungen gemacht, weil Stuttgart als Schulfall für die Kämpfe um die Presse gelten kann und zu ihrem Verständnis und zur Belehrung der Genossen außerordentlich beiträgt. Die Stuttgarter Kämpfe gehen weiter und werden ihre Wellen bis auf den Parteitag werfen.

*

Wie der Genosse Hildenbrand, Reichstags- und Landtagsabgeordneter für Stuttgart, mit der Meinung der Parteigenossen umspringt, dafür erbrachte seine „Verteidigung" der Teilnahme am Ministeressen den Beweis. Er sagte u. a.:

„Die württembergische Fraktion habe einer solchen Einladung schon wiederholt Folge geleistet. (Zuruf: Leider!) Auch in diesem Jahre sei bei ihr angefragt worden. — (Zuruf: Was Ihr speisen wollt?) Nein, nur ob wir teilnehmen würden. Viele Genossen hatten abgelehnt. Er sei aber dennoch hingegangen. Ich bin mir wohl bewußt, daß ich heute abend Ihre Stimmung nicht ändern kann und will. Ich spreche mehr zu meiner eigenen Beruhigung. Sie können sich ruhig entrüsten. (Stürmische Entrüstungsrufe, mehrfach: Unverschämtheit!) Zu mir kommen viele Leute, die Anliegen öffentlicher Art haben; um etwas zu erreichen, bin ich gezwungen, zum Minister zu gehen. Wäre nun die gesamte Fraktion der Einladung nicht gefolgt, die übrigens eine gesellschaftliche Angelegenheit ist, so hätte dies der Minister als eine Brüskierung empfinden müssen. (Gelächter.) Ihn beruhige das Bewußtsein, so lange er der Partei angehöre, stets seine Pflicht getan zu haben."

Man sieht hier den parlamentarischen Kretinismus in der abschreckendsten Form. Nur den erhabenen Herrn Minister nicht „brüskieren", der könnte das übel nehmen. Aber die Proletarier, die Parteigenossen, die „können sich ruhig entrüsten", auf ihre Meinung pfeift man. Zum Glück gab die Versammlung eine deutliche Antwort auf diese Herausforderung. Sie nahm mit allen gegen ein paar Stimmen folgende Resolution an:

Die württembergische Regierung hat ihre unmißverständliche Absicht kundgegeben, einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister der Landeshauptstadt die Bestätigung zu versagen. Sie hat den ohnehin bis zum Zusammenbrechen belasteten Volksmassen indirekte Steuern in Gestalt neuer und erhöhter Sporteln und Gebühren aufgehalst. Sie hat die sofortige Beantwortung der Marxkointerpellation der sozialdemokratischen Landtagsfraktion höhnisch abgelehnt und damit der Fraktion wie dem gesamten Proletariat schnöde Mißachtung erwiesen. Wenn schon diese Tatsachen eine Teilnahme von Sozialdemokraten an höfischen Kundgebungen und Ministerbanketten ausschließen, so verbietet die prinzipielle Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegenüber dem Staat der Ausbeuter derartige Anbiederungen an die Monarchie und ihre Handlanger von vornherein. Dessen ungeachtet haben sozialdemokratische Abgeordnete es sich nicht versagen können, am Tisch des Ministerpräsidenten und Ministers des Aeußern Herrn von Weizsäcker zu gastieren. Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste jeden derartigen Vorgang und fordert von ihren Vertretern, daß derartige Staatsaktionen in Zukunft unbedingt unterbleiben.

Diese Vorgänge in Stuttgart erweisen sehr klar, daß schier unüberbrückbare sachliche Gegensätze zwischen der Masse der Parteigenossen, den Proletariern und ihren Vertretern, den revisionistischen Nurparlamentariern, klaffen.

Ausland.

Rußland.

Kein Platz für Katorgagefangene! Nach den Angaben der Hauptgefängnisverwaltung sind in Sibirien bloß 4000 „Plätze" für Katorgagefangene (Zuchthausgefangene) und 1000 beim Bau der Amurbahn vorhanden. Die Zahl der Katorgagefangenen, unter denen sich ein großer Teil politischer Gefangener befindet, hat aber jetzt die Höhe von 14 000 erreicht und in jedem Monat kommen noch etwa 300 hinzu. Selbst die berüchtigten Katorgagefängnisse im europäischen Rußland erweisen sich für diese Opfer des Zarismus als zu klein und es sollen nun neue Gefängnisse für sie gebaut werden.

Türkei.

Die Malissoren kehren zurück, so schreibt uns Genosse Parvus aus Konstantinopel, aber sie tun das schweren Herzens. Sie entschlossen sich zur Rückkehr, nicht weil sie der Uebereinkunft mit der Regierung zustimmten, sondern weil sie einsahen, daß ihnen keine Zufluchtsstätte in Montenegro mehr übrig bleibt. Sie fühlen sich enttäuscht und verraten. Und sie sind auch tatsächlich verraten worden. Sie setzten ihre Hoffnung auf die Großmächte. Sie glaubten, wenn sie sich gegen die Türken schlagen, so werden sie dadurch gewinnen. Was sie eigentlich erhofften, war ihnen allerdings unklar. Aber wie auch das Ziel, das man ihnen vortäuschte, heißen mochte — „Autonomie" oder „Oesterreich" — so verstanden sie darunter Wohlstand und Freiheit.

Und nun müssen sie in ihre abgebrannten Dörfer zurückkehren, wo sie die vernichtete Ernte und das alte Elend vorfinden. Sie werden allerdings für zwei Jahre von den Steuern befreit. Aber die Verluste an Gut und Blut, die ihnen der Aufstand gekostet, sind doch weit mehr wert, als die Steuern von zwei Jahren! Und sie werden ihre Rekruten nach wie vor stellen müssen.

Was noch? Es sind ihnen Schulen versprochen worden. Die Regierung hat sogar schon Geld bewilligt zum Bau von ganzen sieben Schulen! Ob mehr gebaut werden würden, das ist eine Frage der Geldmittel, die erst das Parlament zu bewilligen haben wird, also eine Frage des Budgets, das bekanntlich nicht an einem Ueberfluß von Mitteln für Kulturaufgaben leidet. Das Parlament wird sich u. a. bei der Budgetberatung mit dem Bau von Dreadnoughts zu beschäftigen haben. Daß die Schuljugend über die Kriegsmarine siegen würde, ist kaum anzunehmen.

Und die Selbstverwaltung bedeutet, wie ich wiederholt hervorgehoben habe, nichts anderes, als daß man die Bevölkerung unter die Herrschaft ihrer Häuptlinge stellt. Die Frage wird jetzt ganz offen erörtert: man spricht jetzt nicht mehr von dem albanischen Volke, man spricht von den albanischen Familienchefs, denen die Verwaltung des Landes ausgeliefert werden soll.

*

Gedungene Mörder? Die Sozialistische Arbeiterföderation in Saloniki teilt mir soeben mit, daß die Genossen Sabetai Lewi und Samuel Jona, die wegen ihrer organisatorischen Tätigkeit eine große Popularität genießen, von einer geheimen Organisation, die ihren Tod beschlossen haben soll, bedroht werden. Ob es sich um ein Manöver handelt, um die junge Bewegung einzuschüchtern, oder um eine ernste Gefahr, das läßt sich hier im Orient nicht auseinanderhalten. Die Organisation hat sich an die Oeffentlichkeit gewandt.

Das Unternehmertum ist es gegenwärtig, das Verschwörungen anzettelt und Mörder mietet, um die Arbeiterführer zu beseitigen, das Treiben der Arbeiter liegt offen zutage: sie haben ja bloß die junge Freiheit auszunützen, um das Interesse der Volksmassen wahrzunehmen. Das aber steht gerade sowohl den kapitalistischen Cliquen wie den politischen Koterien im Wege.

Kleine politische Auslandsnachrichten.

Empörung französischer Soldaten. Aus Toulon wird gemeldet: Eine ernste Meuterei ist im Gefängnis von La Melque ausgebrochen, wo die Militärgefangenen untergebracht worden sind, die sich vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben. Da an einigen Tagen es an Trinkwasser fehlte, protestierten die Gefangenen, indem sie die Internationale anstimmten und einen Kameraden mißhandelten, der sich weigerte, mit einzustimmen. Die Aufseher konnten schließlich die Meuterer überwältigen und nachdem Militär requiriert worden war, die Ordnung wieder herstellen.

Niederlage des Exschahs von Persien. Ein heftiger Kampf fand zwischen der Bachtiarenvorhut und Truppen Mohammed Alis unter Redschid Sultan bei Firuzja statt. Redschid wurde verwundet und gefangen genommen, seine Truppen wurden zerstreut. Der Exschah sucht scheinbar dadurch, daß er die Kampagne nach menschlichen Grundsätzen führt, die Sympathie Europas zu erwerben. Nachdem er zweihundert seiner Turkmenen wegen Plünderns entwaffnet und unter Eskorte nach Astrabad gesandt hat, schickte er die von diesen gemachte Beute nach Schahrud zurück und ließ sie den Eigentümern wieder zustellen. Nach dem Gefecht bei Damghan sollen Regierungstruppen zu den Truppen des Exschahs übergegangen sein.

Gewerkschaftliches.

Die Aussperrung der Metallarbeiter.

Der Stand der Aussperrung in Leipzig hat sich unwesentlich verändert. Gegenüber den Meldungen der bürgerlichen Presse von einer angeblichen Aussperrung von 10 000—12 000 Metallarbeitern muß nochmals betont werden, daß davon keine Rede sein kann. Nach den einstweiligen Feststellungen des Metallarbeiterverbandes sind in Leipzig etwa 6600 Metallarbeiter ausgesperrt, und zwar einschließlich der schon seit Wochen in der Gelbmetallbranche streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter. Die Aussperrung ist also nicht in dem von dem Unternehmertum angekündigten Umfang durchgeführt worden. Daran ändern auch die Behauptungen der von dem Unternehmertum inspirierten bürgerlichen Presse nichts. Das Kartell des sächsischen Bezirksverbandes des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller teilt am Sonnabend mit, daß die Metallindustriellenverbände von Chemnitz, Dresden und Leipzig Sonnabend, den 12. August, in allen angeschlossenen Betrieben folgende Bekanntmachung anhängen werden.

„Der Ausschuß des Kartells der sächsischen Bezirksverbände des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hat in seiner Sitzung vom 3. d. Mts. beschlossen, am 26. August 60 Prozent der Gesamtbelegschaft der kartellierten Verbände auszusperren, falls nicht bis zum 25. August die in Leipzig streikende Metallarbeiterschaft von ihrem Standpunkt abgegangen ist, daß über die eingereichten Forderungen nur mit den Organen des deutschen Metallarbeiterverbandes verhandelt werden kann und falls nicht bis zum 23. August im Wege direkter Verhandlungen zwischen den beteiligten Firmen und ihren Arbeitern eine Einigung über die eingereichten Forderungen zustande gekommen ist."

Lohnkampf in Solingen. Eine Versammlung der Metallarbeiter in Solingen, die im Metallarbeiterverband organisiert sind, beschloß den Ausstand zum 15. August, wenn bis dahin über die Lohnerhöhung keine Einigung erzielt ist. So melden bürgerliche Blätter.

*

Der westböhmische Arbeitgeberverband der Metallindustriellen hat beschlossen, sämtliche Arbeiter, etwa 7000, am 4. September auszusperren. Falls bis zum 18. August eine Einigung nicht erzielt ist, wird am 19. sämtlichen Arbeitern in den Betrieben gekündigt. Die Zahl der aussperrenden Firmen beträgt 22.

Zur Gärung unter den Werftarbeitern.

Die Ruhe unter den Werftarbeitern hat nicht lange angehalten. Bekanntlich schwebten bei der letzten Werftarbeiterbewegung die Differenzen am längsten über die Einstellungslöhne. Nur in drei Orten wurde eine Einigung erzielt. Trotzdem wurde die Arbeit aufgenommen, weil die Arbeiter glaubten, die Werftbesitzer würden nach neunwöchigem Kampfe dazu beitragen, daß eine Beruhigung unter den Werftarbeitern herbeigeführt wird. Das, was erwartet wurde, trat nicht ein, und daher die erneute Erregung. Die Erbitterung zeigte sich auch in einer Riesen-Werftarbeiterversammlung, die am Freitag abend in Stettin tagte. Es handelte sich darum, den Werftarbeitern die Situation auf den Werften klar zu machen und Stellung zu nehmen zu der von den Hamburger Werftarbeitern beschlossenen Resolution, wonach die Vertrauensleute beauftragt werden, die nötigen Schritte für eine allgemeine Bewegung zu gegebener Zeit in die Wege zu leiten. Eine Resolution lehnte zwar die Vorstände, falls ihr Vorgehen zur Abstellung der Mißstände wider Erwarten erfolglos sein sollte, dem Antrage der Hamburger Kollegen auf Einleitung einer allgemeinen Werftarbeiterbewegung Rechnung zu tragen.

Die Situation im Schiffsbau ist somit sehr ernst, und leicht kann es zu einer folgenschweren Katastrophe kommen.

Malerdifferenzen in Dresden.

In Dresden bestehen gegenwärtig wegen der Frage des Arbeitsnachweises zwischen den Meistern und den Gehilfen Differenzen. Es bestand ein paritätischer Arbeitsnachweis, bei dem aber die Gehilfen sehr rücksichtslos behandelt wurden, so daß von Parität schon nicht mehr die Rede sein konnte. Am 2. August wurde deshalb auf Beschluß einer Versammlung der Maler und Lackierer ein Gehilfenarbeitsnachweis eröffnet. Die Meister suchen in Provinzblättern Malergehilfen, weil sie im Innungsnachweis keine Leute bekommen können, vom Gehilfennachweis aber, bei dem zurzeit gegen 200 Gehilfen eingeschrieben sind, keine Gehilfen haben wollen. Es wird deswegen gedeckt, daß Maler, Lackierer und Anstreicher nicht nach Dresden gehen. Uebrigens floriert dieses Jahr die Bautätigkeit gar nicht. Unter allen Umständen aber darf ein zureisender Kollege den Innungsnachweis nicht benützen oder Umschau halten, er soll sich sofort im Metallbureau der Maler, Nitzenberastraße 6, II., melden.

Ende des Bergarbeiterstreiks in der Oberlausitz.

Der nunmehr 18 Wochen dauernde Bergarbeiterstreik ist beendet. Wenn er auch nicht mit einem vollen Siege der Arbeiter abgeschlossen wurde, so hat er doch einen nicht gerade ganz geringen Erfolg gebracht. Auf einer ganzen Reihe von Gruben sind die Löhne erhöht worden. Einige andere Unternehmer machten sonstige kleinere Zugeständnisse; andere wollten den Wünschen der Arbeiter nach Beendigung des Streiks nähertreten.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Paul Hennig, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles und Versammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110815-14/fragment/page=0003

Anfang 8.15 Uhr.

Walhalla

Gewöhnliche Preise.

Der einzige wirklich populäre Operetten-Erfolg!

„Vielliebchen."

Grosse Operette in 3 Akten von Rudolf Oesterreicher und Karl Lindau. Musik von Ludwig Engländer.

Alles singt u. spielt die Schlager aus: **„Vielliebchen".** Zu haben bei **Hothan & Koch.**

„Volkspark"

Burgstrasse 27.

Dienstag den 15. August:

Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert

ausgeführt vom

Gesang-Verein „Gutenberg" und dem Buchdrucker-Orchesterverein.

Achtung!

Verband der Steinsetzer, Halle.

Mittwoch den 16. August, gleich nach Schluß der Arbeit, 6½ Uhr im **Volkspark:**

Außerord. Mitgliederversammlung

Maßregelung betreffend.

Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig.

Der Vorstand.

Große

öffentl. Milchhändler-Versammlung

Dienstag den 15. August, nachmittags 5 Uhr im **Goldenen Hirsch,** obere Leipzigerstraße.

Tagesordnung: **Stellungnahme zu der von den vereinigten Landwirten und Molkereien geplanten Preiserhöhung.**

Das Erscheinen sämtl. Kollegen ist erwünscht. **Der Einberufer.**

Neu! Soeben eingetroffen. Neu!

Reichsversicherungs-Ordnung.

Praktischer Führer

für alle Versicherten durch die **Kranken-, Unfall-, Invaliden-** und **Hinterbliebenen-Versicherung,** nebst **Hinweisen** auf das **Verfahren** und die **Rechtswege.**

Verfaßt von den Arbeitersekretären **Güldenberg** und **Kleeis-Halle, Mössinger** und **Undeutsch-Magdeburg.**

Preis **30** Pfennig.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung,

Halle a. S., Harz 42-43.

Räumfuhren jeder Art bes. bill. **Alb. Ackermann, Mühlberg 10.**

Waschgefäße aus bestem Holze empfiehlt billigst **Albrechtstr.** 23.

Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld.

Sonntag den 3. September nachmittags 3 Uhr im Restaur. Hohenzollern in Bitterfeld:

Kreis-Parteifest.

Parteigenossen! Rüstet zum gemeinsamen Feste des klassenbewußten Proletariats unseres Kreises.

Die Kreisleitung.

Eintrittskarten à 10 **Pfg.,** wollen die Vorsitzenden der Ortsvereine bei Gen. **W. Borck, Bitterfeld,** Jeßnitzerstraße 6, umgehend bestellen. ::: :::

Gewerkschaftskartell Elsterwerda.

Dienstag d. 15. August abends 8½ Uhr im Gasthof z. Sonne:

Sitzung.

Der Vorstand. J. A.: Franz Manusch.

Vielseitigem Wunsche entsprechend, werde von heute ab auch **Abend**-Sprechstunden, **tägl.** von **6—7 Uhr,** abhalten. Halle, 11. Aug. 1911.

Dr. med. Limpert, Kassenarzt,

Bernburgerstrasse 27, I.

Sprechstunden: 8½—10½ Uhr, 2—4 Uhr, 6—7 Uhr.

Geröstete Kaffees von Mk. **1.40** bis Mk. **2.—** empfiehlt in vorzügl. Qualitäten **Carl Booch, Breitestraße 1 und Leipzigerstr. 61/62.**

bei Rückgrats-Verkrümmungen! Glänzende Erfolge erzielte bei Erwachsenen und Kindern mein unübertroffener, patentierter, regulierbarer Apparat **System Hase.** Jede Auskunft erteilt gratis **F. Menzel, Dresden, Struvestr. 5.** Persönlich zu sprechen in **Leipzig, Mittwoch,** den 16. u. **Donnerstag,** den 17. Aug. im Hotel Viktoria

„Ich litt an dauernder Stuhlverstopfung, verbunden mit heftigen Kopfschmerzen u. Blutwallungen sowie hartnäckigem

Magenleiden.

Durch eine Hauskur mit **Altbuchhorster Mark-Sprudel Stark-quelle** (Jod-Eisen-Mangan-Kochsalzquelle) wurde ich von meinem Leiden in wenig. Wochen befreit. Tausend Dank. C. J." Aerztl. warm empf. Fl. 95 Pf. Zu haben bei: **Wilhelm Hoefer,** Geiststr. 59-60 en gros; in der **Bahnhofs-** u. **Löwen-Apotheke;** bei **Herm. Pfuhl,** L. Wuchererstr. 75; **Hugo Schulze,** Bernburgerstr. 32; **H. Stitz Nchf.,** Gr. Steinstr. 33; **Max Rädler,** Rannischestraße 2; **Oskar Ballin jr.,** Leipzigerstr. 63; **Bruno Berthold,** Gr. Steinstr. 48.

Brennspiritus Marke „Herold"

30 (bisher 32 Pf.) per Liter ausschl. 15 Pf. Flaschenpfand 90 Vol. % Pf. für Kochzwecke

95 Vol. % (bisher 35 Pf.) per Liter ausschl. 15 Pf. Flaschenpfand für Leuchtzwecke Pf. **32**

— Ueberall erhältlich! —

Auskunft über Bezugsquellen für Wiederverkäufer und Private erteilt bereitwilligst **Spiritus-Zentrale, Berlin W. 9.**

jetzt billiger

Zigarren! Ich versende frko. geg. Nachn. 100 St. 6 Pf.-Zig. Mexiko M. 3.90, 100 St. 7 Pf.-Zig. Pflanzer M. 5.30, 100 St. 8 Pf.-Zig. Sumatra M. 5.60, 100 St. 8 Pf.-Zig. Vorstenland M. 5.60, 100 St. 10 Pf.-Zig. Sumatra M. 6.70 zus. M. 27.—; alles in hervorrag., gut gelagert. Qual. **J. Ganow, Halle a. S.,** Geiststr. 5. **Gegr. 1887.**

Aktuell.

Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie.

Eine sehr zeitgemäße und wertvolle Broschüre des Halleschen Arbeitersekretärs **Friedrich Kleeis.**

Jeder Arbeiter muß diese aufklärende Arbeit im eigenen Interesse lesen.

Preis nur **25** Pfennig.

Zu beziehen durch alle Austräger und durch die

Volksbuchhandlung,

Halle a. S., Harz 42/43.

Fliegenklatschen

aus Draht, äussert sauber, bei

C. F. Ritter,

Leipzigerstrasse 90.

Großer Gelegenheitskauf!

Ein Posten **Herren-Anzüge** früher 42, 34, 27, 21 Mk., jetzt 24, 21, 16, 12 Mk.

Schmeerstrasse 5.

Waschgefässe

dauerh., billigst. Mitgl. d. R.-Sp.-V. **Zander, Gr. Klausstraße 12.**

Morgen, Dienstag **Schlachtefest. Hermann Müller,** — Jakobstraße 15. —

Dienstag: **Schlachtefest. Fr. Prinzke,** Seebenerstraße 49 a.

Morgen u. jeden Dienstag **Schlachtefest. Joh. Fischer, Gr. Gosenstr. 39.**

Jeden Dienstag Schlachtefest. O. Grabaum, Mansfelderstraße Nr. 8.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Nur noch 2 Tage:

„Der Abenteurer",

Roman aus 2 Welten in 2 Akten und 4 Bildern von E. M. Royle.

Lord Winnegate . . . später Jim, Cowboy **A. Hübener**

Mittwoch, d. 16. August, zum 1. Male:

Der Weg ins Verderben.

Einmachegläser

mit Patentverschluss.

C. F. Ritter,

Leipzigerstrasse 90.

Kopfungeziefer

mit Brut beseitigt am schnellsten **LAUSIN.** Preis 50 Pf. Nehmen Sie nur echt Lausin. In Halle: **Otto Kramer,** gegenüber d. Glauchaer Kirche.

Frische Knickeier

billig.

Spezial-Eier-Gross-Geschäft,

7 Talamtstraße 7.

Neu! Neu!

Die Säugetiere der Erde.

139 Abbildungen auf 30 Farbendrucktafeln

von Chr. Votteler. Text von Dr. Aug. Schleyer, Direktor der kgl. landwirtschaftlichen Schule.

Preis 2.50 M. Porto 30 Pf.

Gegenstück

zu den im Vorjahrn zu Weihnachten in vielen Hunderten verkauften

Die Vögel der Erde.

239 Abbildungen auf 30 Farbendrucktafeln

von Karl Neunzig, **Redakteur der** Gefiederten Welt.

Text von Direktor Aug. **Schleier.**

Preis 2.50 M. Porto 30 Pfg.

Volksbuchhandlung Halle a. S.

Harz 42/43.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen, sagen wir allen unseren tiefgefühltesten Dank.

Halle a. S., 14. August 1911.

Familie Rabe.

Danksagung.

Für die innige Teilnahme beim Hinscheiden meines unvergeßlichen Mannes

Paul Nowak,

sage ich allen, welche ihm das letzte Geleit gaben und sein Grab mit Blumen schmückten, meinen aufrichtigsten Dank. Besonderen Dank dem Fabrikarbeiter-Verband, dem Sozialdemokratischen Verein, der Chemnitzer Krankenkasse und den Beamten und den Arbeitskollegen der Zuckerraffinerie Halle.

Beesen, den 14. Aug. 1911.

Frau Nowak, Witwe, nebst Kindern u. Verwandten.

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Erscheint wöchentlich dreimal. — Unsern Lesern bei Bedarf zur Beachtung empfohlen. — Erscheint wöchentlich dreimal.

Abzahlungsgeschäfte

M. Thiele, Göbenstr. 1, p.

Brauereien

F. Günther, Halle a. S.

Briketts, Kohlen

Richard Wolf, verläng. Königstr.

Drogen und Farben

M. Rädler, Rannischestr. 2.

Ein- u. Verkaufsgeschäfte

F. Hennicke, Kl. Ulrichstr. 15.

Eisen- und Stahlwaren

F. Lindenhahn, Königstr. 8.

Eiserne Oefen

Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24.

F. Lindenhahn, Königstr. 8.

Fahrräder u. Nähmaschinen

Henry Klepzig, Reilstr. 2.

Osk. Wüstneck, L. Wuchererstr. 59.

Fleischermeister, Wurstfabriken

J. Klostermann, Advokatenweg 27.

Franz Kunze, Burgstr. 59.

August Mangold, Merseburgerstrasse 105.

Robert Schäfer, Königstr.

Otto Ulbricht, Bäckerstrasse 1.

Handleiterwagen-Fabriken

Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.

Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10.

Ernst Seltmann, Merseburgerstr. 16.

Haus- und Küchengeräte

K. Kuckenburg, Rannischestr. 12.

Honigkuchen, Zuckerwaren

Friedrich Bock, Schmeerstrasse 16.

Hüte und Mützen

Friedrich Flietner, Geiststr. 23.

Kartonagen

W. Schmeil, Wuchererstr. 40.

Kaufhäuser

H. Elkan, Leipzigerstr. 87. Bekleidg.-Gegenst. j. Art.

Kinderwagen

Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.

Kolonialwaren

H. Ackermann, Merseburgerst. 61.

Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32 p.

C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26.

E. Weinhold, nur **Kleiner Berlin 2.**

Lederhandlungen

Herm. Schmidt, Geiststr. 28.

Möbel-Magazine

Möbel-Magazin **Hall. Tischlermstr.** Grosse Ulrichstr. 50

Photographische Ateliers

Richard Schröder, nur Steinweg 17.

Schuhwaren

C. Menge, Triftstrasse 1.

Schneiderei-Bedarfsartikel

F. C. Wissell, Marktplatz 11.

L. Zengerling, Schulstr. 7.

Spedition, Möbeltransport

O. Kästner & Co., Brunoswarte 36.

Wilh. Müller, Brunnenstr. 53.

Uhren- u. Goldwaren

Friedrich Hofmann, Grosse Klausstr. 23.

Albert Mennicke, Gr. Steinstr. 62

A. Schäfer, Leipzigerstr. 92.

A. Weiss, Kleinschmieden 6.

Weine u. Fruchtsäfte etc.

M. Kade Nachf., Leipzigerstr. 98.

Max Künzel, Magdeburgerstr. 59.

Weiss-Woll-Tapisserie

Franz Bamme, Lindenstr. 56.

Zahn-Techniker

Willy Mader, Neue Promenade 16, vis-à-vis Leipz. Turm

Zigarrenhandlungen

F. Seidmann, Königstrasse 86.

Schubert, William, Zigarren und Schulartikel, Lauchstädterstr. 15.

Ammendorf.

Sanitäts-Drogerie, Inh.: Rich. Gumlich. **Ammendorf** Halleschestr. 65. | **Radewell** Hauptstr. 20.

A. Hermann, Uhrmacher.

O. Probsthayn, Bettf.-Rein.-Anst.

W. Wünscher, Schuhwaren.

Für die Inserate verantwortlich: **Rob. Ilgner.** — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.). — Verleger: vorm. Aug. Gerisch, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110815-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 189 — Halle a. S., Dienstag den 15. August 1911 — 22. Jahrg.

Kauf und Abzahlung.

G. Sowohl über die für den Kauf im Bürgerlichen Gesetzbuche vorgesehenen Bestimmungen, wie auch über die für das Abzahlungswesen im Reichsgesetz über die Abzahlungsgeschäfte in Betracht kommenden Paragraphen herrschen namentlich unter der Arbeiterschaft so große Unklarheiten, daß es sich lohnen dürfte, auf diese Materie etwas näher einzugehen. Es ist das um so notwendiger, als sehr häufig bei herumziehenden Bücher-, Bilder-, Wäsche- usw. Reisenden leichtfertig Bestellungen gemacht werden, andererseits aber auch wieder infolge unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse vielfach auf Abzahlung gekauft werden muß.

Sehen wir uns nun zunächst einmal die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Kauf an. Das erste Erfordernis eines Kaufvertrages ist die Einigung der Parteien über den Kaufgegenstand und den Kaufpreis. Für den Abschluß des Kaufvertrages genügt mündliche Vereinbarung. Zu empfehlen ist aber in allen Fällen die schriftliche. Nur für Kaufverträge über Grundstücke, über das gegenwärtige Vermögen des Verkäufers, über das gesetzliche Erbteil oder den Pflichtteil unter künftigen gesetzlichen Erben, sowie für den Erbschaftskauf ist die gerichtliche oder notarielle Beurkundung vorgeschrieben. Die vielfach verbreitete, ganz irrtümliche Meinung, man könne innerhalb 24 Stunden oder drei Tagen von einem Kaufvertrage oder einer gemachten Bestellung zurücktreten, findet im Gesetz keine Unterlage. Ist die Lieferung zu einem bestimmten Termine vereinbart, so kann man, wenn der Lieferant in Verzug gerät, dann auch nicht ohne weiteres zurücktreten, sondern man muß dem Lieferanten zur endgültigen Lieferung eine entsprechende Nachfrist setzen mit dem Hinweis, daß, wenn bis zum Ablauf dieser Nachfrist die Bestellung nicht geliefert, dann von der Annahme abgesehen würde.

Durch den Kaufvertrag wird der Verkäufer einer Sache verpflichtet, dem Käufer die Sache zu übergeben und das Eigentum an der Sache zu verschaffen. Der Käufer dagegen ist verpflichtet, dem Verkäufer den vereinbarten Kaufpreis zu zahlen und die gekaufte Sache abzunehmen. Der Verkäufer einer Sache haftet dem Käufer auch dafür, daß sie zu der Zeit, zu der die Gefahr auf den Käufer übergeht, nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder dem nach dem Vertrage vorausgesetzten Gebrauche aufheben oder mindern. Eine unerhebliche Minderung des Wertes oder der Tauglichkeit kommt nicht in Betracht. Der Verkäufer haftet auch dafür, daß die Sache zur Zeit des Ueberganges der Gefahr die zugesicherten Eigenschaften besitzt. Der Verkäufer hat einen Mangel der verkauften Sache nicht zu vertreten, wenn der Käufer den Mangel bei dem Abschlusse des Kaufes kennt. Ferner ist die gesetzliche Haftung ausgeschlossen, wenn dem Käufer infolge grober Fahrlässigkeit der Fehler unbekannt geblieben ist, es sei denn, daß der Verkäufer den Fehler arglistig verschwiegen hat. Die Kenntnis oder die grobe Fahrlässigkeit hat der Verkäufer, das arglistige Verschweigen der Käufer zu beweisen.

Wegen eines Mangels, den der Verkäufer zu vertreten hat (§§ 459 und 460 B. G.-B.) kann der Käufer Rückgängigmachung des Kaufes (Wandelung) oder Herabsetzung des Kaufpreises (Minderung) verlangen. Fehlt der verkauften Sache zur Zeit des Kaufes eine zugesicherte Eigenschaft, so kann der Käufer statt der Wandelung oder der Minderung Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Das gleiche gilt, wenn der Verkäufer einen Fehler arglistig verschwiegen hat. Nimmt der Käufer eine mangelhafte Sache an, obschon er den Mangel kennt, so stehen ihm die vorstehend genannten Ansprüche nur zu, wenn er sich seine Rechte wegen des Mangels bei der Annahme vorbehält. Der Anspruch auf Wandelung oder auf Minderung, sowie der Anspruch auf Schadenersatz wegen Mangels einer zugesicherten Eigenschaft verjährt, sofern nicht der Verkäufer den Mangel arglistig verschwiegen hat, bei beweglichen Sachen in sechs Monaten von der Ablieferung, bei Grundstücken in einem Jahre von der Uebergabe an. Die Verjährungsfrist kann durch Vertrag verlängert werden. Beantragt der Käufer gerichtliche Beweisaufnahme zur Sicherung des Beweises, so wird die Verjährung unterbrochen. Bemerkt soll noch werden, daß bei arglistigem Verschweigen der Mängel und Fehler die dreißigjährige Verjährung Platz greift. Beim Verkauf von Vieh (Schweinen, Rindvieh, Schafen, Pferden usw.) sind in der Regel nur gewisse Hauptmängel zu vertreten. Diese und die hierfür gültigen Gewährfristen sind in einer Kaiserlichen Verordnung vom 27. März 1899 geregelt.

Im Anschluß an die den Kauf betreffenden Bestimmungen dürfte nun noch der § 1357 des B. G.-B. zu erörtern sein. Nach diesem Paragraphen ist die Frau berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen, wenn nicht aus den Umständen sich ein anderes ergibt. Der Mann kann allerdings dieses Recht der Frau gerichtlich beschränken oder ausschließen lassen. Die Beschränkung oder Ausschließung muß in das Güterrechtsregister des Amtsgerichts eingetragen werden. Die Frau kann sich hiergegen beschwerdeführend an das Amtsgericht wenden. In den häuslichen Wirkungskreis fallen nun alle regelmäßig für die Führung des gemeinschaftlichen Haushalts im gewöhnlichen Laufe der Dinge erforderlichen Geschäfte. Es gehört dahin z. B. auch die Beschaffung der Kleidungsstücke, die für die Frau und die gemeinschaftlichen, in der häuslichen Gemeinschaft lebenden minderjährigen Kinder erforderlich sind. Luxusgegenstände oder übermäßig teure Sachen darf die Frau aber nicht kaufen. Der Stand der Parteien ist hierbei auch zu berücksichtigen, wie aus folgendem Beispiel ersichtlich ist: „Die Firma F. u. Co. in Halle a. S. ließ bis in der Gegend von Rostock durch einen ihrer Reisenden Wäschestücke verkaufen. Dabei wurden der Frau eines invaliden Zimmerers für 48,50 Mk. Sachen verkauft, und zwar: 1 Trikotheinkleid zu 3,50 Mk., 3 Trikotbeinkleider zu je 7,50 Mk. = 26 Mk. und 3 Hemden zu je 7,50 Mk. = 22,50 Mk. Die gegen den Ehemann gerichtete Klage wies das Gericht mit dem Hinweis zurück, daß die Ehefrau zu einem derartigen Rechtsgeschäft keine gesetzliche Vertretungsvollmacht habe. Der Kauf der teuren Gegenstände falle nicht in den Rahmen ihres häuslichen Wirkungskreises. Namentlich die Stücke zu 7,50 Mk. seien teure Sachen, deren Preis außer allem Verhältnis zur Lebensführung des beklagten Ehemannes ständen."

Ist schon die Ehefrau nicht berechtigt, auf Kosten des Mannes jedwede Anschaffung usw. zu machen, so sind die Minderjährigen hierin erst recht beschränkt. Schließt nämlich der Minderjährige einen Vertrag ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters ab, so hängt die Wirksamkeit nach § 108 des B. G.-B. von der Genehmigung des Vertreters ab. In Betracht können hier kommen vermögensrechtliche, familienrechtliche oder erbrechtliche Verträge. Der § 111 des B. G.-B. bestimmt dann noch, daß ein einseitiges Rechtsgeschäft, das der Minderjährige ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters vornimmt, unwirksam ist. Würde ein Minderjähriger sich z. B. einen Anzug oder eine Uhr usw. auf Abzahlung kaufen, so hasten die Eltern — wenn der Kauf ohne ihre Zustimmung erfolgt — hierfür nicht. Ermächtigt der gesetzliche Vertreter den Minderjährigen, in Dienst oder in Arbeit zu treten, so ist der Minderjährige für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig, welche die Eingehung oder Aufhebung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses der gestatteten Art oder die Erfüllung der sich aus einem solchen Verhältnis ergebenden Verpflichtungen betreffen. Die Ermächtigung kann von dem Vertreter zurückgenommen oder eingeschränkt werden. Durch die jederzeitige Zurücknahme wird dem Vertreter die Möglichkeit gewährt, den Minderjährigen gegen Gefahren zu schützen, welche sich aus dessen Unerfahrenheit ergeben.

Zum Schlusse soll nun noch kurz auf das Reichsgesetz über die

Abzahlungsgeschäfte

eingegangen werden. Dieses Gesetz umfaßt nur neun Paragraphen. Trotzdem herrscht über diese Materie noch große Unkenntnis. War schon beim Abschluß eines Kaufvertrages die Mahnung „Vorsicht" am Platze, so soll man beim Kauf auf Abzahlung mit Eigentumsvorbehalt noch vorsichtiger sein und genau darauf achten, was man unterschreibt, ebenso sich vorher gewissenhaft überlegen, ob man die vereinbarten Ratenzahlungen auch einhalten kann. Mindestens müßten die Arbeiter darauf bestehen, daß in die Verträge die Bestimmung mit aufgenommen würde, wonach während der Krankheit oder Arbeitslosigkeit die Ratenzahlungen ruhen. Hat nach dem § 1 des Gesetzes über die Abzahlungsgeschäfte bei dem Verkauf einer dem Käufer übergebenen beweglichen Sache (Möbel usw.), deren Kaufpreis in Teilzahlungen berichtigt werden soll, der Verkäufer sich das Rücktrittsrecht vorbehalten, z. B. wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen von dem Vertrage zurückzutreten, so ist im Falle des Rücktritts jeder Teil verpflichtet, dem anderen Teil die empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Eine entgegenstehende Vereinbarung ist nichtig. Im Falle des Rücktritts des Verkäufers darf der Käufer aber nicht annehmen, er würde nun den ganzen Betrag, den er an An- und Abzahlungen geleistet hat, zurückerhalten. In einem solchen Falle hat der Käufer dem Verkäufer nach § 2 zu leisten: „1. Ersatz der Aufwendungen, welche der Verkäufer auf Grund des Vertrages oder in Veranlassung desselben gemacht hat (z. B. Transportkosten der dem Käufer gelieferten Möbel); 2. Ersatz des Minderwerts der Sache, welcher in der Zeit ihres Gebrauchs oder ihrer Benutzung seitens des Käufers durch Beschädigungen eingetreten ist, insofern diese Beschädigungen durch ein Verschulden des Käufers oder durch einen sonstigen von ihm vertretenen Umstand verursacht sind; 3. Ersatz des Minderwerts der Sache, welcher durch den bloßen Ablauf der Zeit und die bloße Tatsache der erfolgten Benutzung eingetreten ist, soweit die Pflicht, diesen Minderwert zu ersetzen, nicht durch den Ersatz des unter Nr. 2 aufgeführten Minderwerts im einzelnen bereits gedeckt ist; 4. eine Vergütung für den dem Käufer gewährten Gebrauch oder die Benutzung der Sache."

Nachdem der Verkäufer in dieser Weise im Falle des Rücktritts seine Rechnung aufgesetzt, darf der Käufer sicher damit rechnen, daß von seinen geleisteten Zahlungen nichts übrig bleibt, ja er mitunter noch etwas darauf zahlen soll. Ist unter den Parteien streitig, ob ein Schaden entstanden ist und wie hoch sich der Schaden oder ein zu ersetzendes Interesse beläuft, so entscheidet hierbei das Gericht unter Würdigung aller Umstände nach freier Ueberzeugung. Dadurch entstehen wiederum Kosten, die in der Regel der Käufer als der unterliegende Teil zu tragen hat. Deshalb ist nochmals äußerste Vorsicht bei „Kauf und Abzahlung" zu empfehlen.

Gewerkschaftliches.

Christliche Gewerkschaftsführer als Kronzeugen der Scharfmacher.

Daß unsere Brüder in Christo eifrig bemüht sind, Material zur Begründung eines neuen Ausnahmegesetzes herbeizutragen, ist allgemein bekannt. Die Scharfmacher müßten ja Narren sein, wenn sie das Gewinsel über den Terrorismus der Gewerkschaften, das die Spalten der christlichen Gewerkschaftspresse füllt und in keiner Agitationsrede eines christlichen Agitators fehlt, nicht für ihre arbeiterfeindlichen Zwecke benutzen würden. Immerhin durfte man bisher annehmen, daß die Christen der Reaktion diese Helfershelferdienste unbewußt und unfreiwillig leisten, daß sie die Wirkung ihrer Worte nicht abwägen, die Tragweite ihrer Handlungen nicht ermessen. Diese „mildernden Umstände" müssen den Christen jedoch versagt werden, wenn das richtig ist, was der Syndikus der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Tänzler, am 15. Juli auf der Generalversammlung des Vereins Deutscher Papierfabrikanten erzählte. Tänzler, der dort ein Referat über die „nationalen Arbeitervereine" hielt, stützte seine Ausführungen über den „Terrorismus der klassenkämpferischen Gewerkschaften" mit der Behauptung, daß Führer der christlichen Gewerkschaften ihm über solche Fälle Mitteilung gemacht hätten. Wörtlich führte er aus: „Mir ist persönlich von Führern von Arbeitern anderer Gewerkschaften, speziell der christlichen, eine Fülle von Tatsachen vorgebracht worden, die man einfach für unglaublich hält."

Christliche Gewerkschaftsführer, die bei den Beamten der Unternehmer über den Terrorismus der Arbeiter flennen — das fehlte gerade noch.

Der Sieg im Londoner Hafen.

Die Londoner Hafenarbeiter haben den Erfolg für das Ausharren im Kampfe an ihre Fahne heften können. Am Freitag abend gegen 11 Uhr wurde der Spruch des Handelsamtes bekannt: Anerkennung aller Forderungen! Sofort hat dann das Streikkomitee durch ein Manifest, das erklärlicherweise stolzen Jubel und hochgestimmte Genugtuung über den errungenen Preis auslöste, den Kampf für beendet erklärt. Selbstverständlich wird die Arbeit nicht sofort in vollem Umfange wieder aufgenommen werden können, ehe alle Störungen überwunden sind, dürften wohl noch etliche Tage ins Land gehen.

Die den Ausladern zugebilligte Lohnerhöhung beträgt 25 Prozent; außerdem ist ihre Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden herabgesetzt worden. Das Streikkomitee sprach den Arbeitern zu dem außerordentlichen Siege, den sie errungen hätten, seinen Glückwunsch aus und erklärte gleichzeitig den Ausstand für beendet.

Wie das Streikkomitee in seiner Veröffentlichung bemerkt, bildete die Hauptschwierigkeit für den Friedensschluß die Frage der Wiedereinstellung der streikenden Arbeiter. Diese ist zugunsten der Streikenden so geregelt worden, daß alle Ausständigen wieder auf ihre Posten, die sie vor dem Streik inne hatten, eingesetzt werden.

Aus andern Städten wird gemeldet, daß sich die Eisenbahner und Hafenarbeiter noch im Ausstande befinden. In Liverpool kam es am Sonntag zwischen Streikenden und der von Militär unterstützten Polizei zu erbitterten Straßenkämpfen, wobei angeblich ein Schutzmann getötet und viele Personen verletzt wurden.

Soziales.

Liebesgaben an die Landwirtschaft in der Arbeiterversicherung.

Nach dem Inkrafttreten der Invalidenversicherung zeigte sich bald eine ganz verschiedene Entwicklung der finanziellen Lage der einzelnen Versicherungsanstalten. Während einige Anstalten große Ueberschüsse erzielten, gerieten andere immer mehr in Schulden. Zur Beseitigung dieser Verschiedenheiten wurde in § 33 des Invalidenversicherungsgesetzes eine Bestimmung aufgenommen, nach welcher ein gewisser Teil aller Renten von sämtlichen Versicherungsträgern als „gemeinsame Last" getragen werden sollte. Es sind dies drei Viertel sämtlicher Altersrenten, die Grundbeträge der Invalidenrenten usw. Zur Deckung dieser „Gemeinlast" werden seit 1. Januar 1900 bei jeder Versicherungsanstalt vier Zehntel der Beiträge buchmäßig ausgeschieden, die das Gemeinvermögen bilden.

Aus der soeben vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Abrechnung auf das Jahr 1910 ist ersichtlich, daß bei sämtlichen 31 Landesversicherungsanstalten und den zugelassenen neun besonderen Kasseneinrichtungen die Rentenzahlungen überhaupt 163 987 252 Mark betrugen. Hiervon entfallen auf das Reich 52½ Millionen Mark. Das Gemeinvermögen 76½ Millionen Mark und die Sondervermögen 35 Millionen Mark. Durch das Verteilungsverfahren wurde ein Teil der Versicherungsanstalten von zusammen rund 10 Millionen Mark entlastet und der andere Teil damit belastet. Beispielsweise sind von der Versicherungsanstalt Ostpreußen 3,2 Millionen Mark zur Zahlung aus der Gemeinlast angewiesen worden. In Wirklichkeit hat sie nur 1½ Millionen Mark zur Gemeinlast beigetragen, so daß sie um über 1,6 Millionen Mark entlastet worden ist. Derartige Entlastungen weisen noch auf Westpreußen mit 879 600 Mark, Posen mit 632 000 Mark, Niederbayern mit 480 000 Mark usw. Umgekehrt sind nun z. B. von den Rentenanweisungen der Versicherungsanstalt Berlin rund 2,7 Millionen Mark als Gemeinlast von der Gesamtheit zu tragen, während sie 4,1 Millionen Mark zu dem Gemeinvermögen beizutragen, also 1,4 Millionen Mark mehr zu zahlen hatte, als sie ohne Verteilungsverfahren verpflichtet wäre. Derartige Mehrbelastungen haben noch zu tragen Rheinprovinz 1,4 Millionen Mark, Königreich Sachsen 1,2 Millionen Mark, Hansastädte 1,0 Millionen Mark, Westfalen 1,0 Millionen Mark usw.

Der erste Blick zeigt, daß die entlasteten Anstalten nur solche mit vorwiegend landwirtschaftlicher und die belasteten nur solche mit vorwiegend industrieller Bevölkerung sind. Die Landwirtschaft erhielt also im Jahre 1910 zirka 10 Millionen Mark von der Industrie als Liebesgabe! Die ungünstigere Vermögenslage der Versicherungsanstalten mit landwirtschaftlicher Bevölkerung hat ihre mannigfachen Gründe. Zunächst hat keine dieser Anstalten das Einzugsverfahren, so daß bei ihnen die Unternehmer selbst die Beitragsmarken in die Quittungskarten einzukleben haben. Hierdurch gehen viele Beiträge verloren. Das Einheben der Beiträge durch die Krankenkassen, wie es in Sachsen, Thüringen, der Rheinprovinz usw. eingeführt ist, ist viel rationeller. Sodann sind die Versicherten in den landwirtschaftlichen Gegenden in den niedrigsten Klassen. Demgegenüber haben die Anstalten mit landwirtschaftlicher Bevölkerung höhere Ausgaben durch zahlreichere Altersrenten usw. Die Reichsversicherungsordnung läßt alles beim alten.

Die Ausbeutung der Kranken durch die Apotheken.

Neuerdings besteht für das ganze Gebiet des Deutschen Reichs eine Reichsarzneitaxe, welche die Höchstpreise der aus den Apotheken zu beziehenden Arzneien angibt. Durch die jährlichen Revisionen der Taxe sind die ohnehin sprichwörtlich hohen Preise der Arzneimittel noch weiter hinaufgetrieben worden. Die Lasten, die hierdurch den Publikum und besonders den Krankenkassen auferlegt werden, steigen ins ungeheure. Die Arzneimittelausgaben in der Krankenversicherung erhöhten sich sich von 1,69 Mark im Jahre 1885 auf 3,55 Mark im Jahre 1909 pro Mitglied. Im Jahre 1909 hatten die Krankenkassen rund 45 Millionen Mark für die Apotheken aufzuwenden.

Der Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich, der einen ständigen Kampf gegen den Arzneimittelwucher führt, hat soeben eine Eingabe an die zuständige Reichsbehörde gerichtet, welche eine Ermäßigung der Ansätze der Taxe verlangt. Es wird darin darauf hingewiesen, daß jetzt sogar bei Abkochungen und Auflösungen des Wassers (!) besonders berechnet wird, daß die Flaschenpreise weit über das Verhältnis

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110815-14/fragment/page=0005

der Steigerung im Einkauf erhöht worden sind usw. Die in der Tage angegebenen Preise beziehen sich nur auf kleine Gewichtsmengen; wird einmal eine größere Menge abgegeben, wie das in der Kassenpraxis häufig vorkommt, so wird das entsprechend Mehrfache des für die kleine Gewichtsmenge festgesetzten Preises berechnet. Für Spezialitäten, die fix und fertig aus der Fabrik bezogen werden, soll der (jedenfalls hinreichende) Aufschlag von 60 Prozent erhoben werden. „Nebenbei" steht aber auch geschrieben, daß der Preis soweit erhöht werden kann, wie ihn die Reichsarzneitaxe für den Fall vorsieht, daß die Arznei vom Apotheker selbst gemacht wird. So kommt es, daß eine Flasche „Kronen"-Haematogen dem Apotheker im Einkauf 70 Pf. kostet, er sich aber 2 Mk. dafür bezahlen läßt, daß 100 Gramm Somatose, deren Packung den Verkaufspreis von 5 Mk. trägt, mit Rücksicht auf die Arzneitaxe von den Krankenkassen mit 6,40 Mk. bezahlt werden müssen. Eine Menge von Arzneien sind in der Taxe überhaupt nicht aufgenommen; der deutsche Apothekerverein hat dafür eine Ergänzungstaxe geschaffen, welche über die Grundsätze der Reichsarzneitaxe weit hinaus geht. Weiter fehlt es an einer Bestimmung, daß die Apotheker die kleinsten Mengen abzugeben haben, wenn das Rezept keine näheren Angaben darüber enthält. Ist heute auf dem Rezept ein Migränestift verordnet, so wird die größte Nummer zu 1 Mk. abgegeben; steht nur eine Dose Tropon darauf, erhält der Kranke die größte Packung zu 500 Gramm.

Trotz dieser und einer Menge weiterer Nachweise, daß die heutigen Ansätze der Reichsarzneitaxe ungerecht hoch sind, daß die Kassen immer höhere Aufwendungen für die Apotheken zu machen haben, sind doch die Apotheker ständig bestrebt, die Sätze noch weiter zu erhöhen. Die Folge kann nur sein, daß die Preise, die für eine Apotheke bezahlt werden, noch fabelhafter werden. Eine Schraube ohne Ende! Hier muß so bald als möglich mit einer Verstaatlichung der Apotheken eingegriffen werden.

Kreistag
des Wahlkreises Wittenberg-Schweinitz.

Im schönen Saale des Gasthofes zum Kronprinzen in Zahna fand am gestrigen Sonntag die diesjährige Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz statt. Es hatten sich Vertreter eingefunden: aus Wittenberg 4, Kleinwittenberg 4, Kemberg, Sembd und Trebitz je 2, Schmiedeberg, Pritter, Herzberg, Holzdorf, Zahna und Prettzsch je 1. Von den zwölf Orten, in denen die Organisation Filialen besitzt, war nur Jessen nicht vertreten. Außerdem nahmen an der Konferenz teil: 2 Mitglieder der Kreisleitung, 9 Mitglieder des Agitationskomitees, der Bezirkssekretär Drescher, die Genossen Koch und Kasparek als Vertreter des Verlags und der Redaktion des Volksblattes und Genosse Hildebrandt-Berlin, zusammen 35 Personen.

Nach einigen Begrüßungsworten durch den Kreisvorsitzenden, Genossen Nitzschke, wurde sofort in die Diskussion über den im Volksblatt erschienenen Bericht eingetreten.

Wagner-Wittenberg betont, daß auf die Ausgestaltung des Wahlvereins ein ganz besonderes Augenmerk gelegt werden müsse, damit die mühevoll gewonnenen Mitglieder nicht wieder durch irgend einen Umstand verloren gingen. Das Bezirksführersystem müsse noch besser funktionieren. Der wöchentliche Beitrag von 10 Pfg., der im Prinzip auf dem vorigen Kreistage angenommen wurde, müsse die Kassenverhältnisse auf eine gesundere Basis bringen. Wo es angängig sei, müsse die wöchentliche Kassierung durchgeführt werden. Die Zustellung des Volksblattes noch am Erscheinungstage habe viele Schwierigkeiten und größere Kosten verursacht, die zu den erzielten Erfolgen in keinem Verhältnis ständen. Hoffentlich bringt das kommende Vereinsjahr noch bessere Erfolge.

Den Kassenbericht erläuterte Genosse Lerchenstein, der hauptsächlich die verfahrenen Parteiverhältnisse in Schmiedeberg kritisierte und im übrigen feststellte, daß die Kassengebarung eine weit bessere geworden sei. Die Agitation im Kreise Schweinitz mache außerordentliche Schwierigkeiten. Die Einnahme aus Mitgliederbeiträgen sei um 420 M. gestiegen, trotz eines kleinen Mitgliederrückganges. An die Parteihauptkasse sei ein bedeutend höherer Betrag abgesandt worden als bisher. Redner ersuchte die Genossen, in allen Orten recht rege für die Partei zu agitieren. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt.

Hildebrand-Kleinwittenberg: Die Filiale Kleinwittenberg-Piesteritz wende sich mit Entschiedenheit gegen die jetzt übliche Art der Expedition des Volksblattes, weil die aufgewendeten Kosten nicht die Erfolge aufwiegen. In den genannten Orten käme das Blatt bennoch erst anderen Tags in die Hände der Leser. Die ausgegebenen Gelder könnten zur Verbreitung von Flugblättern ausgegeben werden. — Uhlmann-Kleinwittenberg ersucht, die Sache der Preßkommission zu überweisen. Wagner-Wittenberg dagegen tritt dafür ein, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen, da der Zuschuß nicht so bedeutend sei. — Dettmar-Wittenberg weist darauf hin, daß die Agitation unter den Frauen, die der vorige Kreistag beschlossen habe, nicht vorgenommen worden sei. Von selber kämen keine Erfolge, deshalb möge man sich mehr als bisher der Frauenagitation widmen.

Bei der Berichterstattung aus den einzelnen Orten verbreitete sich Genosse Uhlmann-Kleinwittenberg ausführlich über die Tätigkeit der Jugendkommission. Die Zahl der Leser der Arbeiterjugend sei von 12 auf 72 gestiegen; es wäre empfehlenswert, die dort getroffenen Veranstaltungen auch in den übrigen Orten nachzuahmen. Ein anderer Genosse gab noch einen detaillierten Bericht der geleisteten Arbeit. In Wittenberg seien die Erfolge nicht ganz so günstige, aber dennoch sei die Zahl der Abonnenten auf die Arbeiterjugend auf 69 gestiegen. Das Hauptaugenmerk sei der Personenfrage zu widmen. In einer weiteren Debatte wurden noch viele wertvolle Fingerzeige über die Gewinnung der Jugend gegeben. Aus den weiteren Berichten war zu ersehen, daß es im Kreise zwar langsam aber stetig vorwärts gehe. Die unleidigen Streitigkeiten in Zahna, die in den Kreis der Erörterungen gezogen wurden, sollen nach Wunsch des Kreistages innerhalb der Filiale geregelt werden. In Trebitz erhalten wohl die Gewerkschaften zu ihren Versammlungen ein Lokal, für Parteizusammenkünfte ist ein solches jedoch noch nicht zu haben. Damit schließt die Diskussion über den Vorstandsbericht.

Ueber

die bevorstehenden Reichstagswahlen

sprach sodann Genosse Hildebrand, Gauleamter des Holzarbeiter-Verbandes, in Berlin. Redner ging zunächst auf die Ursachen der jetzigen Empörung des Volkes gegen die herrschende Junkerkaste ein und verglich die Situation mit derjenigen, in welcher der französische Feudalismus zum Sturz gebracht wurde. Weiter warf der Redner einen Blick auf die Herrschaftszeit des Hottentottenblocks und kennzeichnete die Gesetzgebungsakte dieser Koalition. Durch die Schuld der Liberalen sei ja bekanntlich das Jugendlichen das Versammlungsrecht genommen durch die Schaffung des famosen Reichs-Vereinsgesetzes. Noch verwunderlicher sei es, daß der Liberalismus fast vier Millionen Staatsbürger dadurch entrechtete, daß er dem schamlosen Sprachenparagraphen die Zustimmung gab. Wenn damals diese Herren sich haben einseifen lassen durch regierungsseitige Versprechungen, von denen man weiß, daß sie doch nicht gehalten würden, so könne man sagen, daß sie bewußterweise die Volksrechte verraten hätten. Auch waren sich die Liberalen vollständig einig, daß von der neuen Belastung durch die Finanzreform, die dem Volke 500 Millionen neuer Steuern auferlegte, der übergroße Teil den minderbemittelten Schichten in indirekter Form auferlegt werden könne. Die 100 Millionen direkter Steuern wurden den Liberalen von der Regierung zugebilligt, damit sie sich mit einem Deckmäntelchen umhängen könnten. In längeren Ausführungen ging der Redner auf die Kämpfe um die Finanzreform und die Haltung der Liberalen ein, wobei er nicht zu erwähnen unterließ, daß der Reaktion viele Mandate durch diese Parteien zugeschanzt wurden.

Diese Tatsache werde im Wahlkampfe eine bedeutende Rolle zu spielen haben. Wem kämen denn geschaffene Zoll- und Steuergesetze zugute? Die Agitatoren der junkerlichen Schnapphähne behaupten immer, daß der „kleine Bauer" von dieser Gesetzgebung den Vorteil habe. Durch einen Junker selbst sei aber nachgewiesen worden, daß nur derjenige landwirtschaftliche Produkte verkaufen könne, der über zwei Hektar Land sein eigen nenne. An der Hand einer interessanten Statistik wies er nach, daß man im Kreise Schweinitz nur 37 Großgrundbesitzern, die zusammen 8240 Hektar Land besitzen, gestatten habe. Auf jeden der Nachfahren der Strauchritter entfallen im Durchschnitt 223 Hektar. Wenn früher das bekannte Raubritterliedchen galt: „Reiten und Rauben ist keine Schand, dem reichen Krämer, dem Kaufherrnpack, erleichtern wir gern den vollen Sack", so sei jetzt die Räuberei auf das ganze Volk ausgedehnt.

In ausführlicher Weise wurde die Wanzentaktik der gesamten bürgerlichen Parteien während der Durchpeitschung der Reichsfinanzreform gebührend gebrandmarkt. Gerade der Landbevölkerung des Wahlkreises werde man bei den kommenden Kämpfen die Augen zu öffnen haben, wie schamlos man sie entrechtet hat durch dieses „soziale Friedenswerk". Die Brutalität des Junkertums sei in Paragraphen gekleidet worden. Weiter wurde die Schuldenwirtschaft des Reichs erörtert und darauf hingewiesen, daß für die Veteranen, die ihre Gesundheit für das geeinte Deutschland auf den Blutfeldern opferten, nichts übrig war. Für Erhöhung der Mannschaftslöhne waren keine Mittel vorhanden, den Offizieren warf man die Zulagen nur so in den Schoß. Für Kulturaufgaben sei eben niemals Geld da, außer man müsse die Erhöhung der Zivilliste als solche bezeichnen. Alle diese und noch viele andere Schandtaten hätten die im Volke herrschende Empörung derart entfacht, daß den Herrschenden die Angst in das schlotternde Gebein fuhr. Man beauftragte den philosophierenden Reichskanzler eine geeignete Wahlparole zu finden. Nach zahllosen vergeblichen Versuchen kamen die Vorgänge in Moabit, die als eine „Bovprobe der von der Sozialdemokratie entfachten Revolution" bezeichnet wurde. Auch dieser Versuch mißlang. Als auf dem Gebiete der inneren Politik sich absolut keine zugkräftige Wahlparole finden wollte, wagte man es, eine infame Kriegshetze zu inszenieren. Betrachte man den Jagowschen Schießerlaß und den Bissingschen Korpsbefehl, so ersehe man mit Sonnenklarheit, wohin die Fahrt gehe. Der Schrei nach Ausnahmegesetzen sei ja nur die selbstverständliche Folge all dieser Machinationen.

In treffenden Ausführungen ging Redner auf den Marokkorummel ein, er meinte: Die inneren Wirren wolle man verdunkeln. Im Wahlkampfe müsse mit aller Entschädigung darauf hingewiesen werden, wie die Presse der Junker und Panzerplattenpatrioten bewußt das Volk in einen blutigen Krieg hetzen wollte, um sich vor dem Zorn über die Gesetzesmacherei zu retten. Es seien nicht die Interessen Deutschlands, die hier in Frage kämen, sondern diejenigen der Kapitalisten. Es gibt nur zwei Klassen, die sich überall auf der Welt bekämpfen: einerseits die kapitalistischen Ausbeuter, auf der andern Seite die Ausgebeuteten. Da war es ein Verdienst der internationalen und besonders der deutschen Sozialdemokratie, indem sie den bedrohten Frieden durch machtvolle Demonstrationen wahrte. Die Regierungen würden es sich jetzt zweimal überlegen, so mir nichts dir nichts einen Krieg zu eröffnen. Man wisse wohl, wie er seinen Anfang nehme, aber nicht, wie er zu Ende gehe. Schließlich zog Redner noch die Aufgaben, die der kommende Reichstag zu erledigen haben wird, in den Kreis seiner Erörterungen und richtete an die Delegierten die Mahnung, dafür zu sorgen, daß nur Männer aus dem Volke gewählt werden. Welche Aufgaben sich die Reaktion gestellt habe, zeige so recht der Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs, wodurch die Arbeiterbewegung niedergeschmettert werden solle. Bei dem kommenden Volksgericht müsse alles getan werden, um die Angriffe zurückzuweisen.

Im Wahlkampfe würden wir nur auf unsere eigene Kraft vertrauen dürfen, da die Gegner ausnahmslos sich gegen die Sozialdemokratie wenden. Mit der Zuverlässigkeit der bürgerlichen Parteien habe man bisher sehr schlechte Erfahrungen gemacht, man dürfe sich deshalb auch diesmal nicht einlullen lassen. Die Delegierten müßten sich klar sein, daß die Taktik nur so lauten könne: Scharf der Kampf nach allen Seiten. Die Nationalliberalen hätten ja schon verkündet, daß ihnen der Konservative näher sei als der Sozialdemokrat. Das heißt gegen die Junker „kämpfen". Man gebe sich also keinen trügerischen Hoffnungen hin. Redner besprach sodann unter Berücksichtigung der letzten Stimmenzahlen die Situation im Wahlkreise und betonte, die Parteigenossen hätten alles zu tun, um ein glänzendes Resultat zu erzielen. Die Frage, ob das Mandat trotz der günstigen Situation zu erobern sei, sei nicht die hauptsächlichste. Unsere Aufgabe bestände nicht nur darin, Mandate zu erobern, sondern es gelte vor allem, unsere Ideen unter die Massen zu tragen, sie mit dem Geiste des Sozialismus vertraut zu machen. Das Volk müsse aufgeklärt werden und zwar gründlich; wir müssen den Wählern sagen, was wir wollen, ihnen bedeuten, daß nur durch eine Umgestaltung der Gesellschaftsordnung bessere Zustände geschaffen werden können. Klar auf das Endziel hinweisend, werden wir den Kampf zu führen haben. Der Wahlkampf werde der schwerste sein, den die Partei bisher zu führen hatte, aber sie werde ihn siegreich beenden, trotz Hansabund und Reichsverband, wenn jeder einzige Genosse seine Schuldigkeit tut. Der Kampf muß ferner geführt werden mit dem Ideale vor Augen: Der Wahlkreis muß unser werden. Und sollte es dennoch nicht möglich sein, dann haben wir wieder ganz gewiß eine Etappe im Befreiungskampfe des Proletariats erreicht. Der Sieg ist schließlich doch unser, trotz alledem! (Sehr starker Beifall!)

In der Diskussion wünschte Genosse Matthies-Zahna eine prinzipielle Erklärung des Genossen Hildebrandt, wie er über die grundsätzlichen Fragen innerhalb der Partei — seine Stellung zur Budgetfrage, der Maifeier usw. — denke. Der zukünftige Kandidat würde früher auch meist der Delegierte zum Deutschen Parteitage sein, und da sei es von außerordentlicher Wichtigkeit, seine Stellung zu den taktischen Parteifragen vorher von ihm erläutert zu wissen. — Die Genossen Hamann-Herzberg, Ziegler und Wagner-Wittenberg waren entgegengesetzter Ansicht; diese Frage läge ja nicht im Rahmen des heutigen Referats. — Genosse Drescher schließt sich der Ansicht Matthies an, indem er den Genossen um eine kurze prinzipielle Erklärung ersucht. — Genosse Hildebrandt betonte, daß er kein Freund von inneren Parteistreitigkeiten sei, aber das Vorgehen, wie es seitens der Süddeutschen in letzter Zeit beliebt wurde, müsse er auf das entschiedenste verurteilen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß das alte taktische Prinzip in der Partei unter allen Umständen beibehalten werden müsse, nicht dürfe man nach Abschließung von Kompromissen trachten, denn es habe gar keinen Zweck, wenn man um kleinlicher Vorteile wegen die Prinzipien beiseite schiebe. Die Maifeier habe für die Gewerkschaften früher ganz bedeutende Vorteile gebracht, so daß er sie nicht vermissen möchte. Ueber das Drum und Dran brauche man sich heute nicht auseinanderzusetzen. Durch die Sammlungen von Geldmitteln zur Unterstützung der Ausgesperrten flaue die Maifeier ab. — Genosse Matthies erklärte, daß er den Genossen Hildebrandt für den geeigneten Mann halte.

Der Genosse Hildebrandt wurde hierauf einstimmig als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt. Der Gewählte nahm mit Dankesworten an und versprach, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln das Vertrauen, das ihm entgegengebracht wurde, zu rechtfertigen.

Beim Punkt Parteipresse beschwerte sich der Gen. Bode-Piesteritz darüber, daß ihm seitens der Redaktion des Volksblattes einige Berichte abgelehnt worden seien. Gen. Kasparek wies die vorgebrachten Beschwerden als völlig unbegründet zurück und betonte, daß für die Allgemeinheit wertvolle Berichte stets aufgenommen worden seien. Wenn Berichte abgelehnt worden seien, dann habe die Redaktion ihre Gründe dazu gehabt. Wenn man sich beschwert fühle, so wurde weiter ausgeführt, dann möge man sich an das Mitglied des Preßkomitees wenden.

Die darauf vorgenommenen Wahlen hatten das Ergebnis, daß die bisherige Kreisleitung der Akklamation einstimmig wiedergewählt wurde. Zum Bezirkstag wurden die Genossen Ziegler, Krieger, Krüger, Hildebrand, Kunz, zum Preußentag Schaper delegiert.

Eine kurze Besprechung über den Bezirksmaifonds hatte das Ergebnis, daß vom Bezirkssekretär erklärt wurde, eine Konferenz werde sich demnächst mit der Frage beschäftigen.

Beschlossen wurde, den nächsten Kreistag in Kemberg stattfinden zu lassen. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Tagung geschlossen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 14. August 1911

Billiges Vieh, aber teures Fleisch!

Der Sturm gegen die unverhältnismäßig hohen Fleischpreise findet augenblicklich die energischste Unterstützung unseres hiesigen Junkerblattes. Es möchte die Schuld an der heutigen Teuerung von den Agrariern auf die Händlerschaft abwälzen. Und in diesem Bestreben liefert es kräftig Material gegen die Preistreibereien der Fleischermeister. Ein Herr Plehwe teilt da mit, daß die Schweinepreise hier in der Umgegend noch weit niedriger stehen, als wir sie in unserer letzten Nummer für das Reich angaben. „Da wird von einem Landwirt aus der Umgegend von Berlin berichtet, daß er selbst zu einem Preise von 35 Mark seine Schweine nicht losgeworden sei und in der heutigen Nummer der Landwirtschaftlichen Wochenschrift für die Provinz Sachsen berichtet R. Paul-Authausen aus dem Kreise Bitterfeld: Für fette Schweine wird pro Zentner 40 bis 42 Mk. gezahlt

Gegenüber der Behauptung des Schlächterobermeisters Schliack, daß die amtlichen Berichte nichts von einem Herabgehen der Schweinepreise zeigen, wird durch folgende Statistik der Gegenbeweis mit aller Deutlichkeit erbracht.

Es betrugen die Schweinepreise nach den Notierungen der Schlachtviehversicherung des Bauernvereins des Saalkreises

in den Monaten	für 1 kg Schlachtgewicht bei 20 Proz. Tara
Januar 1911	137 Pfg.
Februar „	128 „
März „	121 „
April „	116 „
Mai „	115 „
Juni „	110 „
Juli „	110 „

Dagegen die Schweinepreise im Kleinhandel nach den Notierungen der Statistischen Korrespondenz

im Jahre 1911	im Gesamtdurchschnitt in Pfg. für 1 kg:
Januar 1. Hälfte	186
„ 2. „	181
Februar 1. „	185
„ 2. „	188
März 1. „	189
„ 2. „	169
April 1. „	162
„ 2. „	160
Mai 1. „	158
„ 2. „	—
Juni 1. „	175
„ 2. „	175
Juli 1. „	182
„ 2. „	180

Obwohl die Einkaufspreise seit Februar ständig zurückgegangen sind, zeigt sich in den Kleinhandelspreisen keine fallende, sondern seit Mai eine unbegründete aufsteigende Tendenz.

Während die Schlachtgewichtpreise für Schweine im halben Jahr über 15 Prozent gesunken sind, stehen die Verkaufspreise bei den Fleischern noch genau so hoch, wie vor einem halben Jahre. Im Mai waren die Ladenpreise kurze Zeit einmal heruntergegangen. Sie sind aber inzwischen künstlich wieder hinaufgeschraubt worden, obwohl die Schlächter selbst immer billiger einkauften. Die Hallesche Halt es für nötig, demgegenüber in einem Leitartikel folgende kräftige Töne anzuschlagen:

„So schlimm wie jetzt, ist es aber noch nie gewesen. Nicht nur ist die Spanne zwischen dem Preise, den der Produzent für sein Vieh bekommt, und dem Preise, den der Konsument für sein Fleisch bezahlen muß, kaum je so kraß gewesen. Nein, es sind noch zwei weitere Umstände, die den jetzigen Zustand zu einem solchen machen, der die größte Besorgnis und die größte Erbitterung hervorrufen muß. Wir leben in einer Zeit beispielloser Dürre und gehen infolgedessen einer Zeit der Not entgegen, in der ein jeder im Volke dem andern hilfreich sein sollte. Früher ist oft, wenn die Fleischpreise stiegen und steigen mußten, darauf hingewiesen, daß die Fleischkost durch Gemüsekost und durch Obstgenuß zum Teil ersetzt werden könnte. Und wie billig waren oft Gemüse und Obst! Jetzt, wo alles draußen verdorrt, ist Gemüse kaum zu haben und ist mit Recht teuer wie kaum je. Und das wenige Obst, das nicht in der Trockenheit abfällt, wird ein Luxusartikel werden, ebenso wie der Zucker.... Wie anders könnten im Haushalte aber die hohen Milch-, Gemüse- und Obstpreise ertragen werden, wenn ihnen billige Fleischpreise gegenüberständen, die den jetzigen niedrigen Viehpreisen entsprächen! Daß diese Viehpreise aber den Konsumenten, den Haushalten unserer Mitbürger, nicht nutzbar gemacht werden, das muß in dieser Zeit sonstiger Teuerung verbittern. Und die Sorge kommt hinzu: welche Höhe sollen denn im Frühjahr die Fleischpreise erreichen, wenn dann die ganz zweifellos kommende Steigerung der Viehpreise eintritt? Soll dann zu den künstlich hoch gehaltenen Fleischpreisen der Zuschlag hinzukommen, den dann die Viehpreise erfahren werden?"

Die Gefahren, die die Hallesche uns da für das Frühjahr ankündigt, sind zweifellos sehr groß. Aber so voll berechtigt auch augenblicklich ihre starken Worte gegen die Fleischermeister sind, wir werden uns dadurch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen lassen, daß am Ende doch die Junker, die agrarische Gesetzgebung und die Zölle, die die Einfuhr von Vieh und Viehfutter verhindern, schuld an der unheimlichen Teuerung sind. Gerade die für das Frühjahr angekündigte Steigerung der Viehpreise ist nur durch eine sofortige zollfreie Einfuhr von Futtermitteln und durch die Aufhebung der Vieheinfuhrbeschränkungen zu verhindern. Die Parole des Augenblicks heißt allerdings: Die Fleischer halten die Preise unnütz hoch! Zwingt sie zu ihrer Herabsetzung! Die allgemeine Teuerung ist wahrlich schlimm genug, darum: **billiges Fleisch her!**

Ich gehe weiter!

Die fast in jeder Sitzung des Gewerbegerichts wiederkehrende Aeußerung „Ich lege Berufung ein", oder: „Ich gehe weiter", macht es nötig, einmal die Rechtsmittel zu besprechen, die gegen die Urteile des Gewerbegerichts anzuwenden sind. Gegen sämtliche Endurteile ist eine Berufung an das Landgericht nur dann

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191108 15-14/fragment/page=0006

zulässig, wenn der Wert des Streitgegenstandes den Betrag von 100 Mark übersteigt. Alle Urteile, deren Streitwert nur 100 Mark oder weniger beträgt, sind unanfechtbar, also unabänderlich. Uebersteigt die eingeklagte Summe 100 Mark und will man Berufung einlegen, dann muß dies innerhalb eines Monats vom Tage der Zustellung des Urteils geschehen. Falls die Partei auf die Zustellung verzichtet hat, rechnet diese Frist von der Verkündigung der Entscheidung an. Die Berufung muß durch einen beim Landgericht zugelassenen Rechtsanwalt eingelegt werden.

Man wird nun sagen: Warum schreibt man uns das, das wissen wir schon längst. Wer aber Gelegenheit hatte, einer Sitzung des Gewerbegerichts beizuwohnen, der muß zugeben, daß es leider notwendig ist, dieses Kapitel immer wieder anzuschneiden. Nicht nur von unorganisierten Arbeitern hört man das „weiter gehen", sondern auch von organisierten, denen man manchmal die Unkenntnis nicht zutraut. Allerdings, das wollen wir bald einschalten, gibt es auch viele Arbeitgeber, die in diesen Irrtum verfallen sind. Durch die Unkenntnis in gewerbegerichtlichen Dingen sind aber schon viele Arbeiter zu Schaden gekommen, indem sie zum Beispiel einen Vergleich in der Meinung, daß sie die Sache weiter verfolgen können, ausschlugen, dann aber mit ihrem Anspruch kostenpflichtig abgewiesen wurden.

Nicht selten sind auch die Fälle, wo gewerbliche Angestellte zum Rechtsanwalt laufen und von diesem eine Klage beim Amtsgericht anstrengen lassen, obgleich die Sache vor das Gewerbegericht gehört. Was einmal vor das Gewerbegericht gehört, bleibt bei diesem und kann unter keinen Umständen beim Amts- oder Landgericht angängig gemacht werden. Die Gerichte waren verpflichtet, ohne weiteres gewerbliche Streitigkeiten an das Gewerbegericht zu verweisen.

Auch über das Versäumnisurteil herrscht noch große Unkenntnis. Erscheint eine Partei, die vorschriftsmäßig geladen ist, nicht im Termin, so kann die Gegenpartei ein Versäumnisurteil beantragen. Innerhalb drei Tagen nach der Zustellung kann gegen das Versäumnisurteil Einspruch erhoben werden. Der erste Tag der Zustellung wird nicht mitgerechnet, und wenn der dritte Tag auf einen Sonntag fällt, endet die Frist erst mit Ablauf des darauffolgenden Werktages.

Erscheint, und darauf ist besonders zu achten, eine Partei, die den Einspruch eingelegt hat, in dem nunmehr anberaumten zweiten Termin wieder nicht, so wird das Versäumnisurteil rechtskräftig, das heißt, die Partei ist rechtskräftig verurteilt, die Forderung anzuerkennen, und kann nicht mehr Einspruch erheben

---

Die Leiden der Gemeinden mit der preußischen Grundsteuer.

Eine merkwürdige Bedeutung hat zurzeit die staatlich veranlagte Grundsteuer in Preußen. Bei ihr trifft zu, daß sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit forterben — wie der Dichter sagt. Als mittelalterliche Einrichtung steht die Grundsteuer im engen Zusammenhang mit dem Lehnwesen. Der Grund und Boden gehörte vor Jahrhunderten meist den Landesherren, und wurde von ihnen den Vasallen zu Lehn gegeben. An dem Grund und Boden hafteten Ritterdienste und andere Verpflichtungen. Diese Verbindlichkeiten, die sich zu einer Quelle von Streitigkeiten gestalteten, wurden später in Geldleistungen umgewandelt. In Preußen wurde erst 1861 die Grundsteuer auf eine einheitliche Grundlage gestellt. Sie brachte daraufhin dem Staate Preußen etwa 30 Millionen Mark jährlich ein, in den siebziger Jahren sogar 40 Millionen Mark. Aehnliche Erträgnisse brachte die Steuer auch in anderen Kulturstaaten, z. B. in Frankreich, Italien usw.

Nachdem die Staaten zur allgemeinen Einkommensteuer übergegangen sind, ist die Einhebung der Grundsteuer mehr und mehr beseitigt worden, weil die Grund- und Bodenbesitzer gegen die vermeintliche Doppelbesteuerung opponierten. In Preußen ist die Grundsteuer seit dem 1. April 1895 als Staatssteuer außer Hebung gesetzt worden. Der Staat hält zwar nach wie vor die Kataster in Ordnung, besorgt die Fortschreibung, liefert Auszüge für die Flurbücher usw., überläßt aber die Einhebung der Steuer den Gemeinden. Letztere haben inzwischen mancherlei Spielarten der Besteuerung des Grundbesitzes eingeführt, wobei sie sich mehr oder weniger an die vom Staate fortgeführte Abschätzung des Nutzungswertes der Grundstücke halten.

Aus den soeben für Preußen bekannt gewordenen Ergebnissen der Veranlagung pro 1910 sei folgendes herausgegriffen. Es wurde insgesamt eine Fläche von 32 444 711 Hektar mit einem Reinertrage von 432 299 783 Mk. veranlagt. Die zu entrichtende Grundsteuer hätte 41 343 920 Mk. betragen, sie wurde aber eben nicht — wenigstens nicht für den Staat — eingehoben. Von den einzelnen Provinzen besitzen Schlesien und Brandenburg die größte zur Grundsteuer herangezogene Fläche, nämlich je zirka 8 750 000 Hektar. An letzter Stelle stehen Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau.

Interessant ist eine Uebersicht darüber, zu welchem Satze in den einzelnen Provinzen und im gesamten Staate durchschnittlich ein Hektar veranlagt wird. Es betrug im Jahre 1910 im Durchschnitt auf ein Hektar die jährliche Grundsteuer: Stadtkreis Berlin 4,58 Mk., Provinz Sachsen 2,29 Mk., Rheinprovinz 2 Mk., Schleswig-Holstein 1,96 Mk., Ostpreußen 0,69 Mk. Im ganzen Lande entfiel im Durchschnitt auf den Hektar 1,27 Mk.

Die Abschätzungen sind zum Teil schon vor Jahrzehnten vorgenommen worden und entsprechen im einzelnen die Sätze nicht mehr dem wirklichen Wert des Grund und Bodens. Inzwischen haben sich die Wertunterschiede der Liegenschaften zum Teil riesig verändert. Hierin liegt eben noch ein Widersinn: Der Staat als solcher will mit der Einhebung der Steuer nichts mehr zu tun haben, überläßt diese vielmehr den Gemeinden, behält sich aber das Recht vor, die Abschätzungen fortzuschreiben und nimmt so den Gemeinden die Möglichkeit, die Steuer den veränderten Situationen und Bedürfnissen anzupassen.

---

* **Die Gewerbegerichtsbeisitzer** halten ihre nächste Sitzung am Mittwoch, den 16. August, abends 8½ Uhr, bei Streicher ab.

* **Die gesetzliche nächtliche Ruhezeit für Handlungsangestellte** beträgt bekanntlich 11 Stunden. Wegen Uebertretung dieser Vorschrift wurde einem Fleischermeister in Berlin der Prozeß gemacht, wobei sich herausstellte, daß verschiedene beliebte Ausreden der Geschäftsinhaber als nicht stichhaltig angesehen wurden. Die Strafkammer hätte den Fleischermeister verurteilt, weil in der Filiale des Angeklagten in der Nähe der Zentralmarkthalle drei Verkäuferinnen beschäftigt wurden, ohne daß § 139 c der Gewerbeordnung Beobachtung gefunden hat. Nach ihm muß in Gemeinden, die nach der jeweilig letzten Volkszählung mehr als 20 000 Einwohner haben, die Ruhezeit in offenen Verkaufsstellen, in denen zwei oder mehr Gehilfen oder Lehrlinge beschäftigt werden, mindestens elf Stunden betragen. Die Verkäuferinnen des Angeklagten haben aber nur eine Ruhezeit von zehn Stunden gehabt. Das Geschäft wurde um 6 Uhr früh geöffnet und nicht vor 8 Uhr abends geschlossen. Dem Einwande des Angeklagten, daß der für die Zweigniederlassung angenommene Geschäftsführer vertraglich dafür zu sorgen gehabt habe, daß die Vorschriften über die Beschäftigungszeiten in offenen Verkaufsstellen beobachtet würden, begegnete die Strafkammer mit der Ausführung, daß Arbeitgeber ihre öffentlichrechtlichen Verpflichtungen nicht durch private Abreden auf ihre Angestellten abwälzen könnten. Aber wolle man auch in dem Geschäftsführer eine zur Leitung des Betriebes beschäftigte Person im Sinne des § 151 der Gewerbeordnung erblicken, so hätte doch der Angeklagte, der die den Verkäuferinnen aufgenötigte Arbeitszeit gekannt habe, Schritte tun müssen, daß dem Gesetz genügt werde. Das Urteil der Strafkammer focht der Angeklagte in der Revision an. Er machte nunmehr geltend, daß die Eröffnung des Betriebes im Hinblick auf den in den Morgenstunden zu bewirkenden Ankauf des Fleisches von den Engrosfleischern bereits um 6 Uhr früh erfolgen müsse, andererseits der Schluß des Betriebes nicht vor 8 Uhr abends eintreten könne, weil sich erst um diese Zeit das Wegschaffen des nicht verkauften Fleisches in die Kühlhallen ermöglichen lasse; nach § 139 d Nr. 1 der Gewerbeordnung fänden die Bestimmungen des § 139 c keine Anwendung auf Arbeiten, die zur Verhütung des Verderbens von Waren unverzüglich vorgenommen werden müßten. Der Ferienstrafsenat des Kammergerichts hat soeben die Revision zurückgewiesen. Er erklärte dabei, daß der Verurteilte eventuell durch Mehreinstellung von Personal dem Gesetz Rechnung tragen muß.

* **Hiebe für Fortbildungsschüler.** Vor einigen Wochen berichteten wir über ein Reichsgerichtsurteil, in welchem den Fortbildungsschullehrern das Prügelrecht zugestanden wurde. Die Hallesche berichtet nun freudestrahlend, daß diese Entscheidung des Reichsgerichts jetzt dem ganzen Bereich der gewerblichen Unterrichtsverwaltung mitgeteilt wird. Ein Fortbildungsschullehrer hatte Fleischerlehrlinge in 15 Fällen körperlich gezüchtigt, weil sie zu spät zum Unterricht kamen, unaufmerksam waren oder sich ungebührlich benahmen. Die Strafkammer sprach den Lehrer frei, weil sein Amt als Fortbildungsschullehrer ihm ein Recht zur körperlichen Züchtigung seiner Schüler gebe. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Reichsgericht nach dem Antrag des Oberreichsanwalts verworfen. In der Begründung wird ausgeführt, daß zwar in Preußen gesetzliche Bestimmungen über das Züchtigungsrecht der Fortbildungsschullehrer nicht bestehen, ihnen aber trotzdem dieses Recht zustehe. Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts folgt aus dem Rechte und der Pflicht des Lehrers zur Erziehung von selbst dessen Recht der angemessenen Zuchtmittel. Die Fortbildungsschule hat aber nicht bloß den Unterricht, sondern auch die Erziehung zum Zweck. Eine erziehliche Einwirkung sei für die jugendlichen gewerblichen Arbeiter ein dringendes Bedürfnis. — Die Hallesche bemerkt hierzu: Damit hat sich das Reichsgericht auf einen sehr verständigen Standpunkt gestellt.

Wir meinen, daß das Einführen des Prügelns in den Universitäten mindestens ebenso „verständig" wäre. Denn bei so manchem übermütigen Studenten ist die erziehliche Einwirkung ein genau so dringendes Bedürfnis, wie etwa bei jugendlichen gewerblichen Arbeitern. Aber eins ist sicher, die Arbeiterjugend wird durch diese neue Kulturtat mit großer Liebe zum Staat und seiner Prügelschule erfüllt.

* **Zum Schutz der Säuglinge** in der Zeit der großen Hitze bringt der Frankfurter Verband für Säuglingsfürsorge folgende Verhaltungsmaßregeln zur allgemeinen Kenntnis:

1. Halte das Zimmer kühl! Bei Tage Läden und Vorhänge zu! Fußboden feucht! Bei Nacht Fenster auf!
2. Halte das Kind kühl! Leichte Kleidung und leichtes Bettzeug! Zweimal täglich baden!
3. Größte Vorsicht in der Ernährung! Ja nicht überfüttern! Gegen den Durst gebe man dünnen, lauwarmen Tee!
4. Die Milch muß frisch sein, beim Bezug sofort abgekocht und gleich wieder gut gekühlt werden. Die Milch muß den ganzen Tag kühl stehen!
5. Brustkinder dürfen jetzt unter keinen Umständen abgestillt werden!
6. Bei der ersten Gesundheitsstörung muß das Kind zum Arzt!

* **Der Krieg im Frieden muß sein.** Die Landwirtschaftskammer in Halle hatte sich wegen Verlegung der Herbstmanöver an das Kommando des 4. Armeekorps gewandt. Trotz des Hinweises, daß infolge der Hitze Notstand über der Provinz lastet, lautete die Antwort des Kommandeurs abschlägig. Auch die Bitte von der Abhaltung der Manöver im Herbst d. J. in unserer Provinz abzusehen, wurde abgewiesen. — Der Wehrstand hat es in Preußen noch nie für nötig gehalten auf den Nährstand besonders viel Rücksicht zu nehmen.

* **Ein angehender Reserveoffizier desertiert!** Der Fähnrich der Reserve cand. jur. Karl Mileck, zurzeit bei der 1. Batterie Mansf. Feldartillerie-Regiments Nr. 75 zur Uebung einberufen, hat sich am 8. August aus der Garnison heimlich entfernt. Das Regiment hat hinter dem Flüchtigen, der aus Kolbergermünde (Kreis Kolberg) stammt, einen Steckbrief erlassen.

* **Todessturz bei der Arbeit.** Heute früh kurz nach 10 Uhr fiel der 19jährige Maurer Stieler aus Sangerhausen von dem Neubau Ecke Salzgrafen- und Dreyhauptstraße aus der Höhe von vier Etagen herunter. Da der Bedauernswerte beim Absturz das Genick gebrochen hat, starb er auf der Unfallstelle schon nach wenigen Minuten.

* **Vorsicht beim Passieren der Diemitzer Brücke.** Im Sprechsaal der Saalezeitung schreibt jemand über erhebliche Mißstände auf der Diemitzer Brücke. Die Laufbretter sollen dort in großer Zahl nur lose aufliegen, teilweise morsch sein und große Löcher aufweisen. — Es muß dringend die Abstellung dieser Lebensgefährdung für die Passanten gefordert werden; denn ehe die neue Brücke fertig ist, könnten noch die schwersten Unfälle passieren.

* **Roheit.** Am Freitag mittag wurde ein 11jähriges Schulmädchen, das auf dem Roßplatz spielte, von einem Mann nach seiner Wohnung geschleppt und dort mißhandelt. Der Uebeltäter konnte ermittelt und festgenommen werden.

Vereins- und Vergnügungskalender.

Der Verband der Steinsetzer hält am Mittwoch, den 16. Aug., im Volkspark eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Da zu der Maßregelung einiger Kollegen Stellung zu nehmen ist, muß jedes Mitglied erscheinen.

Konzert im Volkspark. Morgen, Dienstag, findet abermals ein Vokal- und Instrumentalkonzert im Garten des Volksparkes statt. Diesmal sind es der mit sehr guten Stimmen ausgerüstete Gesangverein Gutenberg und der bestens bekannte Buchdrucker-Orchesterverein, die sich in den Dienst der guten Sache, den Volkspark nach jeder Richtung hin zu unterstützen, gestellt haben. Da das Programm ein sehr vielversprechendes Gesangs- und Orchesterkonzert bietet, ist ein recht guter Besuch erwünscht. Der Eintrittspreis beträgt auch morgen wieder nur 10 Pf.

Ammendorf und Umgegend. Mittwoch, den 16. August, abends 8½ Uhr, findet im Gasthaus zum Dreierhaus in Osendorf für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins und der dazu gehörigen Ortschaften eine gemeinschaftliche Besprechung statt, wozu die Mitglieder ersucht werden, sich recht zahlreich einzufinden.
Die Distriktsleitung.

Ammendorf. Das Konzert des Arbeitergesangvereins Ammendorf und Umgegend, das am Freitag im Gasthof zum Dreierhaus vom Verband der Zivilmusiker zu Halle a. S. ausgeführt wurde, war nur eben leidlich besucht, die Kapelle bewies, daß sie wohl imstande ist, etwas gutes zu leisten. So wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen die Stücke: Immer oder nimmer, Grüße vom Thüringer Walde und An der Weser, Lied für Posaune (Solist Herr Weltmann). Die Veranstaltung war eine für die Arbeiterschaft von Ammendorf und Umgegend sehr genußreiche. Wir weisen schon heute auf das am Mittwoch, den 30. August, im Dreierhaus wieder vom Arbeitergesangverein veranstaltete Gesangskonzert hin, das unter Mitwirkung von zirka 120 Sängern des Sängerchors von Halle stattfinden soll. Wir hoffen, daß diese Veranstaltung einen besseren Besuch aufweist; nur dann wird es möglich sein, derartige bildende Veranstaltungen bei mäßigen Eintrittspreisen zu wiederholen. Was hier angesichts einer so starken Arbeiterbevölkerung doch dringend erwünscht wäre.

Böllberg-Wörmlitz. Sozialdemokratischer Verein. Am Mittwoch, den 16. August, abends 8½ Uhr, findet im Restaurant von Robitzsch, Böllbergerweg, eine Sitzung der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins statt. Einen recht starken Besuch der Mitglieder obiger Ortschaften erwartet
Die Distriktsleitung.

Dölau. Parteigenossen! Am Dienstag, den 15. Aug., abends 8½ Uhr, findet in Knolls Hütte eine außerordentliche Sitzung der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins statt. Einen zahlreichen Besuch erwartet
Der Distriktsführer.

Aus den Gerichtssälen.

Schöffengericht.

Freigesprochen wurde der Schmalzkuchenbäcker Genosse Schulze, der angeklagt war, entgegen den Bestimmungen der Sonntagsruhe, an Sonntagen im Volkspark Waren verkauft zu haben. Der Fall lag ebenso wie der des Genossen Krögel, über den wir erst kürzlich berichteten. Der Verkauf der Waren wurde als ein Teil des ganzen Betriebes des Volksparks angesehen. Daß solche Spezialverkäufe stattfänden, sei in großen Betrieben unvermeidlich und allgemein üblich

Strafkammer.

Wegen Sittenvergehens wurde ein 18jähriger Dienstknecht von Freiroda zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte am 31. Mai d. J. versucht, ein Dienstmädchen zu vergewaltigen. Der Angeklagte soll geistig minderwertig sein, sich aber bei Begehung der Tat ziemlich gewalttätig gezeigt haben. Wäre der junge Mann zur Zeit der Begehung der Tat schon 18 Jahre alt gewesen, dann hätte er sich vor dem Schwurgericht verantworten müssen.

Kriegsgericht der 8. Division.

In große Gefahr begab sich der Musketier Spuhl von der 2. Kompagnie des Anhaltischen Infanterie-Regiments Nr. 93, der durch eine Unüberlegtheit wegen Gehorsamsverweigerung, Beharrens im Ungehorsam, Bedrohung eines Vorgesetzten, Achtungsverletzung und Selbstbefreiung unter Anklage kam. Am Abend des 18. Juli kehrte er per Rad in angeheiterter Stimmung von einem Vergnügen in seine Garnison Dessau zurück. Auf der Fahrt durch den Lustgarten sang der Mann ein Lied, und da es ziemlich laut schallte, wurde er deshalb vom dortigen Wachtposten zur Ruhe verwiesen. Da er die Weisung nicht beachtete, griff der wachthabende Unteroffizier ein und befahl ihm, vom Rade zu steigen. Spuhl kam dem Befehl aber nicht nach, sondern fuhr in beschleunigtem Tempo weiter. Er will nicht gewußt haben, daß er es mit einem Unteroffizier zu tun hatte. Der Unteroffizier lief ihm nach und zog ihn schließlich vom Rade. Der Verfolgte soll darauf geschimpft und sich über die angebliche Beschädigung des umgefallenen Rades beschwert haben mit dem Hinweise, er werde den Unteroffizier melden und ihn auf Schadenersatz belangen lassen. Um die Szene hatten sich inzwischen Zivilisten angesammelt, die dem Angeklagten recht gaben und ihn durch Zurufe zu seinem Tun noch aufgemuntert haben sollen. Der Unteroffizier forderte den Musketier auf, ihm ins Wachtlokal zu folgen; letzterer weigerte sich aber mit der Begründung, der Unteroffizier habe ihm gar nichts zu sagen. Seiner Festnahme entzog er sich durch die Flucht. Der Anklagevertreter beantragte gegen den Angeklagten acht Monate Gefängnis. Das Gericht sah den Fall milder an und erkannte auf vier Wochen strengen Arrest. Berücksichtigt wurde der damalige Zustand des Mannes und die bisherige gute Führung.

Zwei Wochen strengen Arrest erhielt ein Füsilier des Regiments Nr. 36 in Merseburg, der einem Gefreiten ein Portemonnaie mit Inhalt weggenommen hatte. Da er es aber am anderen Morgen wieder herausgab, wurde von der Versetzung in die zweite Klasse Abstand genommen. Man nahm an, der Angeklagte habe mehr aus Dummheit als aus Schlechtigkeit gehandelt.

Aus den Nachbarkreisen.

Das Ende des Bergarbeiterstreiks.

Wie in letzter Nummer bereits mitgeteilt, war für den 11. August eine Konferenz der Delegierten der streikenden Bergarbeiter nach Zeitz berufen, welche sich mit der Streiklage befaßte. Die Streikleitung war nach reiflicher Ueberlegung zu der Ansicht gekommen, daß ein weiteres Verharren im Streik die Unternehmer, die sich bisher ablehnend verhalten hatten, nicht anders stimmen würde. Die näheren Gründe, welche die Streikleitung bewogen, diesen Vorschlag zu machen, sind aus nachstehender Resolution, die in der Delegiertenkonferenz mit großer Mehrheit angenommen wurde — ohne den ersten Absatz wurde sie einstimmig angenommen —, zu ersehen:

„Die am 11. August 1911 in Zeitz stattgefundene Konferenz der Schachtdelegierten und Vorsitzenden der Streikbureaus aus dem Zeitz-Weißenfels-Altenburg-Leipzig und Oberröblinger Braunkohlenrevier beschließt nach eingehenden Debatten, den Streik nach nunmehr 14wöchentlicher Dauer abzubrechen.

Mit der Wiederaufnahme der Arbeit wird aber der Kampf um den Abschluß von Tarifverträgen im Bergbau nicht aufgegeben. Die Delegierten, welche alle praktische Braunkohlenarbeiter sind, halten nach wie vor an der Forderung: Abschließung von Tarifverträgen zwischen Arbeiter- und Unternehmerverbänden oder zwischen Arbeiterorganisation und einzelnen Unternehmern als ein erstrebenswertes Ziel fest.

In keinem Industriezweig ist die Existenz der Arbeiterschaft so allen Schwankungen des Wirtschaftsmarktes und den Launen der Unternehmer preisgegeben wie im Bergbau. Weil dieser Zustand nur unter dem heutigen Arbeitsvertrag möglich ist, darum wird dieser Arbeitsvertrag als ein „freier" Vertrag von den Unternehmern verteidigt. Die Delegierten sind auch jetzt noch der Ansicht, daß dieser Kampf, als ein Kampf um das Arbeiterrecht unbedingt notwendig war, um den Arbeitern im Bergbau, wie in zahlreichen anderen Industrien, bei der Abschließung des Arbeitsvertrages ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Für diese Kampfesführung sprechen die Delegierten den Organisationen, wenn er auch noch nicht zum Ziele führte, ihren Dank und volles Vertrauen aus.

Die Gründe, welche die Unternehmer gegen den Abschluß von Tarifverträgen im Bergbau während des Kampfes angeführt haben, kann die Konferenz nicht als stichhaltig anerkennen. Die Konferenz betrachtet diese Gründe nur als Scheingründe, die erkennen lassen, daß die Unternehmer prinzipielle Gegner eines jeden Arbeiterrechtes sind.

Wenn der Kampf aufgegeben wird, so geschieht dieses nicht, weil die am Kampfe beteiligten Organisationen nicht mehr in der Lage sind, die Mittel für die kämpfenden Arbeiter aufzubringen, sondern der Beschluß ist von der Erkenntnis

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110815-14/fragment/page=0007
DFG

getragen, daß die Bergwerksbesitzer nur dann zum Abschluß von Tarifverträgen zu bewegen sind, wenn das Kampfesgebiet ausgedehnter und die Zahl der am Kampfe beteiligten Arbeiter eine viel größere ist. Die Konferenz richtet darum an alle Braunkohlenarbeiter Deutschlands den dringenden Appell, überall in eine energische Agitation zur Werbung von Mitgliedern für die Arbeiterorganisationen einzutreten, **um die Vorbedingungen für einen erneuten und umfangreicheren Kampf für das Arbeiterrecht zu schaffen.** Sollte es notwendig sein, zu einem solchen Kampfe ausholen zu müssen und dadurch das Wirtschaftsleben tief erschüttert werden, so sind die Unternehmer, die durch ihre Haltung den Arbeitern gegenüber zu solchen Kämpfen zwingen, als die allein Schuldigen zu bezeichnen."

Der Bericht von der Konferenz wurde am Nachmittag in acht großen Versammlungen gegeben. In drei Versammlungen versuchte man zunächst dem Beschluß der Konferenz zu widersprechen. Doch auch hier siegte schließlich die Vernunft. Die Gründe, welche die Organisationsvertreter für den Abschluß anzuführen hatten, waren durchschlagend. Die Streikenden mußten einsehen, daß die Organisationsvertreter mit dem Abbruch das Beste wollten. So ist ein 14wöchentlicher Kampf beendet. Zunächst ohne Zugeständnisse. **Aber auch dieser Kampf wird nicht ohne Erfolg sein. Die Organisationen sind noch im Volksbesitze ihrer Kraft und das verbürgt künftige Erfolge.**

Viehpreise und Fleischpreise.

Die fast überall angestrebte Milchverteuerung wird bekanntlich mit dem Futtermangel und damit begründet, daß die Milch liefernden Landwirte ihren Viehbestand wesentlich einschränken. Trotzdem also die Viehpreise infolge dieses größeren Angebots wesentlich gesunken sind, ist von einem Sinken der Fleischpreise wenig zu spüren. Der Sozialdemokratische Verein und das Gewerkschaftskartell zu Magdeburg haben eine gemeinsame Kommission eingesetzt, die den Stand der Nahrungsmittelpreise ständig überwachen und geeignete Schritte zur Abwehr der dauernden Ueberteuerung vorbereiten soll. Diese Kommission hat zunächst an den Vorstand der Fleischerinnung ein Schreiben gesandt, worin auf die Tatsache hingewiesen wird, daß die Fleischpreise gegenwärtig in keinem Verhältnisse zu den Viehpreisen stehen. Am Schlusse heißt es: „Der Effekt dieser Sachlage für die Konsumenten ist also folgender: Steigen die Vieheinkaufspreise infolge der agrarischen deutschen Gesetzgebung, so steigern auch sofort die Fleischer ihre Verkaufspreise; sinken dann infolge irgendwelcher Ursachen, wie Futtermangel usw., die Schlachtviehpreise vorübergehend, so halten die Fleischer die alten überteuern Preise. So wirken Agrarier und Fleischer zusammen, um die Konsumenten mit wechselnder Nutznießung zu überteuern. Die freiorganisierte Magdeburger Arbeiterschaft findet diesen Zustand auf die Dauer unerträglich und ist entschlossen, sich dagegen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu wehren. Zu dem Zwecke ist die unterzeichnete Kommission mit Vollmachten versehen worden. Wir gestatten uns nun die ergebendste Anfrage, ob die Fleischerinnung geneigt ist, für eine sofortige Herabsetzung der Verkaufspreise der Fleischerwaren bei ihren Mitgliedern zu wirken. Wir bemerken wiederholt, daß die Detailpreise in keinem Verhältnis zu den Schlachtviehpreisen stehen und eine Ueberteuerung der Konsumenten seit Monaten zu konstatieren ist. Die Stadtverwaltung registriert wohl die Preise der Nahrungsmittel, aber sie tut nichts, um einer Preisüberteuerung entgegenzuwirken. Wenn aber die Konsumenten in dieser für das Allgemeinwohl so eminent wichtigen Frage durch die Stadtverwaltung keinerlei Hilfe zu erwarten haben, so sind wir mehr als berechtigt, zur Selbsthilfe zu greifen."

Das Vorgehen der Arbeiter Magdeburgs ist durchaus am Platze und wäre auch anderwärts empfehlenswert.

Klein-Wittenberg. Schon wieder einer ertrunken! Bei den hier vor Anker liegenden Schiffen fiel das kleine, dreijährige Söhnchen eines Steuermannes vom Landungssteige. Der kleine Junge geriet sofort unter den Kahn, so daß angestellte Rettungsversuche vergeblich waren.

Eisleben. Wegen Bedrohung der Staatsanwaltschaft von Leipzig hatte sich der 1889 in Eisleben geborene Kaufmann Kurt Otto Litzenberg vor der Leipziger Ferienstrafkammer zu verantworten. L. war 1910 wegen Wechselfälschung angeklagt, hatte sich aber zur Hauptverhandlung nicht gestellt, er war dann verhaftet und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seine Revision hat er damals wieder zurückgezogen und die Strafe verbüßt. Aus dieser Strafsache entstand die jetzt vor der Ferienstrafkammer gegen ihn verhandelte Anklage. L. gleubt sich zu Unrecht verurteilt und besonders durch die seiner Meinung nach ebenfalls zu Unrecht erfolgte Verhaftung schwer geschädigt. Er schrieb daher am 9. Mai ds. Js. an die Staatsanwaltschaft einen Brief, worin er gegen sie den Vorwurf der Rechtsbeugung erhob. In dem Briefe heißt es, er sei durch die ungerechte Verurteilung schwer an Gesundheit und Vermögen geschädigt worden, das Gericht habe schmutzig an ihm gehandelt, er wolle aber nur einen Teil seines Schadens geltend machen und verlange daher nur 4500 Mk. Entschädigung, die ihm binnen drei Tagen gezahlt sein müßten. Sei in dieser Zeit das Geld nicht eingegangen, dann werde er nach Dresden fahren und die Angelegenheit dem Justizministerium unterbreiten. Statt des Geldes bekam H. von der Staatsanwaltschaft die Anklageschrift. Dem Gericht waren indes an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten Zweifel aufgestiegen, es beschloß, L. von einem Sachverständigen auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Hettstedt. Allen Lesern unseres Blattes zur Mitteilung, daß die Expedition des Volksblatts, wie auch die Kolportage der Volksbuchhandlung der Frau Wittig übertragen worden ist. Etwaige Beschwerden über unpünktliche Zustellung und dergleichen sind an den Obmann der Zeitungskommission, Gustav Hildebrandt, Martinstraße, zu richten.

Oeste. Eine öffentliche Versammlung fand hier am gestrigen Sonntag im Bergerschen Gasthofe statt. Als Referent war der Genosse Mendorf aus Halle erschienen. Redner führte den Anwesenden in 1½stündigem Vortrage die innere und äußere Politik in klarer Weise vor Augen. Als eingehend der Marokkowirrwarr und die endlosen Greuel, welche ein event. Weltkrieg mit sich bringen würde, geschildert wurde, brach die Versammlung in lebhafte Entrüstungsrufe aus. Aber auch die übrigen Ausführungen wurden mit sichtlichem Interesse und Beifallskundgebungen entgegengenommen. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, das Gehörte zu beherzigen und für die kommende Reichstagswahl die nötige Agitation zu entfalten. Mit einem Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie erreichte die imposante Versammlung ihr Ende.

Torgau. Partei-Versammlung. In der am Mittwoch stattgefundenen Partei-Versammlung wurden zunächst die Anträge zum Kreistage besprochen. Die Versammlung sprach ihre Meinung dahin aus, daß die gestellten Anträge der gegenwärtigen Situation voll und ganz entsprechen. Allgemeine Verwunderung rief die Stellungnahme der Mühlberger Parteigenossen zu den Anträgen hervor. Besonders hervorgehoben wurde, daß der Bericht im Volksblatt über die Mühlberger Parteiversammlung nur Stimmung im Wahlkreise gegen die gestellten Anträge hervorrufen soll.

Auch die Stadtverordneten-Wahlen standen auf der Tagesordnung. Es wurde einstimmig beschlossen, sich an den Wahlen im Herbste zu beteiligen und wurde Genosse Vietz als Kandidat nominiert. Die Distriktsleitung wurde ferner beauftragt, wegen einen zweiten Kandidaten mit verschiedenen Genossen Fühlung zu nehmen. Es wurden ferner diejenigen, die das Bürgerrecht noch nicht erworben haben, ermahnt, dasselbe sobald wie möglich zu tun, damit sie in die Wählerliste nachgetragen werden können. Zum Schluß wurde die „nationale Jugendpflege" in Torgau einer entsprechenden Kritik unterzogen. Man wundert sich lebhaft darüber, daß die Jugend abends in der zehnten Stunde noch mit Trommel und Pfeifen durch die Straßen der Stadt ziehen darf, ohne daß es die Polizei für notwendig erachtet, dagegen einzuschreiten. Oder geschieht dies mit Erlaubnis der hiesigen Polizeiverwaltung, weil die Jugend unter Führung zweier Leutnants steht? So werden die Schuljungens in Torgau zu Hurrapatrioten und Vaterlandsverteidigern, die später mal auf Vater und Mutter schießen sollen, erzogen. Beschämend ist es, daß selbst organisierte Arbeiter sich an derartigem Klimbim beteiligen. Organisierte Arbeiter, gebt acht auf eure Kinder, damit sie nicht schon in der trübsten Jugend mit dem preußischen Drill vertraut werden. In nächster Zeit sollen nämlich „Kriegsspiele" veranstaltet werden und die Jugend „feldmäßig ausgerüstet" werden. Eine Fahne haben sie schon!!

Dommitzsch. Die letzten Vorkommnisse im Stadtparlament gaben der Distriktsleitung des Sozialdemokratischen Vereins die Veranlassung, eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Wie vertreten die hiesigen Stadtverordneten die Interessen der Steuerzahler, einzuberufen. Als Referent war Genosse Vietz-Torgau erschienen. Magistrat wie Stadtverordnete waren eingeladen, glänzten aber durch Abwesenheit; wahrscheinlich sollte der anwesende Stadtkassenrendant die Herren vertreten. Der Referent ging wiederum auf das Krankenkassendefizit wie auch auf die Holzgeschichte der Stadtverordneten ein. Er gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Stadtverwaltung es immer noch nicht für notwendig erachtet habe, sich zu äußern, wo das Defizit hergekommen bezw. das Geld geblieben sei und mit welchem Recht die Stadtverordneten jahrelang Holz aus dem städtischen Forst entnehmen konnten, um auf einmal „freiwillig" Verzicht zu leisten. Gegenwärtig sei wiederum in der Bürgerschaft ein Aufruhr wegen der Platzfrage zum Schulhausneubau. Die Stadtverordneten hatten seinerzeit den Bauplatz, der dem Vorsteher gehört, abgelehnt. Trotzdem hatte der Schulvorstand, dem auch zwei Stadtverordnete angehörten, mit Stimmengleichheit durch die entscheidende Stimme des Bürgermeisters diesem ungünstigen Bauplatz zugestimmt. Dieser liegt fast außerhalb der Stadt, ihm gegenüber liegt ein Dampfsägewerk und daneben die Dampfmelkerei. Um das Geräusch des Dampfsägewerks nicht störend auf den Unterricht einwirken zu lassen, muß an der Schule ein Schalldämpfer angebracht werden. Im Winter würden die Kinder Wind und Wetter ausgesetzt sein, da der Platz vollständig frei liegt und die Straße nicht gepflastert ist. Der andere Platz, der dafür in Frage kam, wäre auf jeden Fall bedeutend besser. Das Gebäude am Eingange der Torgauer Straße wäre eine Zierde für die Stadt und auch billiger gewesen. Obwohl hier am Orte ein sogen. Bürgerverein existiert, fand dieser es erst jetzt, nachdem man vor vollendeter Tatsache steht, für notwendig, Stimmung gegen den Beschluß des Schulvorstandes zu machen. Obwohl die bürgerlichen Wortführer in der Versammlung anwesend waren, fanden sie es trotz wiederholter Aufforderung nicht für notwendig, den Referenten zu widerlegen. In jener Bürger-Versammlung, die zum größten Teil von Arbeitern besucht war, wurden dann Unterschriften gesammelt, um an die Regierung ein Schriftstück schicken zu können.

Auch das Dommitzscher Blättchen beschäftigte sich mit unserer Versammlung, und versuchte mit einigen Zeilen den Eindruck abzuschwächen. Genosse Vietz nahm Gelegenheit, in einem offenen Briefe an die Dommitzscher Zeitung der Bürgerschaft das Vorgehen des Bürgervereins und ihrer Vertreter mitzuteilen. Er tritisierte das verdeckte Vorgehen und schilderte noch einmal die „Standhaftigkeit" der Stadtverordneten. Der Herausgeber der Dommitzscher Zeitung fand es nun für notwendig, die Behörden indirekt aufzufordern, gegen den Referenten vorzugehen. Ja, er erdreistete sich sogar, ihm Verdrehungen und Verdächtigungen zu unterstellen. Wir erklären den Satz, der Referent habe behauptet, ein städtischer Beamter habe sich durch die mehrfache Einbringung der Weißwangeschen Bauplatzvorlage einen Vermögensvorteil verschafft, für eine bewußte Unwahrheit und Verleumdung. Sie sollen es nur so weiter treiben, die bürgerliche Clique, dann wird das Maß bis zur nächsten Stadtverordnetenwahl noch genügend voll. Hoffentlich ziehen die Arbeiter aus dem Verhalten des Lokalblättchens die einzig richtige Lehre und werfen es aus ihren Wohnungen, um ein Blatt zu abonnieren, daß ihre Interessen wirksam unterstützt.

Koswig. Großfeuer. Am Sonnabend nachmittag brach auf bisher noch unaufgeklärte Weise in der hiesigen Chemischen Fabrik ein großes Schadenfeuer aus, das sehr bald eine ungeheure Ausdehnung annahm. Trotzdem sofort die hiesige freiwillige Feuerwehr und die Wehren der Fabriken tatkräftig eingriffen, stand doch bald der größte Teil der Gebäulichkeiten in Flammen. Der Wassermangel hat auch hier die Löscharbeiten sehr erschwert. Die Bureaugebäude hofft man vor der Gewalt des Feuers schützen zu können.

Allerlei.

Ein Brief Richters.

Saloniki, 14. August. Laut Mitteilung des deutschen Konsuls hat Richter einem Brief Lolios, der vor einigen Tagen in Elassona abgegeben wurde, folgendes hinzugefügt: Herrn von Motus, Saloniki. Ich soll Ihnen schreiben, schicken Sie bald alles Geld, ich werde sonst wahrscheinlich gleich getötet. Das Lager befindet sich an der steilen Felswand nordwestlich der Platana. Machen Sie schnell! Mit Gruß Eduard Richter.

Wann wird dieser Skandal und diese Schmach endlich beendet werden?

Furchtbare Brände.

In Duderstadt auf dem Eichsfelde sind 45 Wohnhäuser abgebrannt. Fünfhundert Menschen sind obdachlos. Das Feuer brach in der Altstadt aus, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete, so daß in kurzer Zeit 45 Wohnhäuser und 80 Hintergebäude in Flammen standen. Ein Kind ist in den Flammen umgekommen. Vier Feuerwehrleute wurden infolge der Hitze und des Rauches ohnmächtig und konnten nur mit großer Mühe aus dem Bereich der Flammen gerettet werden. Wie sich nachher herausstellte, hatten zwei von ihnen Hitzschläge erlitten. Ueber die Ursache des Brandes ist noch nichts Genaues bekannt. Es verlautet, daß das Feuer in der Werkstatt eines Gewerkschneidermeisters ausgebrochen ist. Dort soll einem Schneidergesellen, der einen Anzug aufbügelte, das Bügeleisen explodiert sein. Es spielten sich in dem winkelig gebauten Stadtviertel mit seinen engen Straßen, Gassen und Höfen verzweifelte Szenen ab. Die Insassen der dem Feuer zum Opfer gefallenen Häuser bemühten sich, von ihrem Eigentum so viel zu retten, als möglich war. Im ganzen sind etwa 500 Menschen durch den Brand obdachlos geworden. Sie wurden zunächst bei Familien, die sich freiwillig hierzu erboten, untergebracht. Ein Teil wurde in einer Schule und im Rathause einquartiert. Die meisten der Geschädigten sollen versichert sein. Allein der Materialschaden wird auf etwa eine Million Mark geschätzt.

Aus allen Himmelsrichtungen liegen heute weitere Meldungen von Bränden und großen Feuersbrünsten vor, die unmöglich alle registriert werden können. Teils wurden die Brände durch Selbstentzündung infolge der Hitze verursacht, andererseits fehlt es überall an Wasser, so daß die Ausdehnung der Brände so groß ist.

Alfeld, 12. August. Das benachbarte Dorf Kaierde steht seit heute in Flammen. Bis jetzt sind 15 Wohngebäude mit landwirtschaftlichen Nebengebäuden und bedeutenden Erntevorräten den Flammen zum Opfer gefallen. Auch die Schule ist niedergebrannt. Bei dem herrschenden Wassermangel ist an eine Löschung des Feuers sobald nicht zu denken.

Regensburg, 12. August. Heute vormittag brach in Dietldorf durch Funkenflug einer Dreschmaschine Feuer aus, dem acht Häuser und drei Tagwerk Wald zum Opfer fielen. Zehn Familien sind obdachlos.

Prag, 12. August. Die Ortschaft Meskow bei Prachautz ist gestern durch einen Brand eingeäschert worden. Vier Personen sind tot, viele schwer oder leicht verletzt. Es herrscht große Not unter den abgebrannten Einwohnern

Regen — in Frankreich!

Paris, 14. August. Endlich ist gestern in Südfrankreich der langersehnte Regen eingetreten. Mehrere Gewitter sind niedergegangen, die in verschiedenen Gegenden von Hagelschlag begleitet waren. Die niedergehenden Regenmengen waren so stark, daß mehrere kleine Flüsse aus ihren Ufern getreten sind. Auch auf der Insel Korsika ist eine Wasserhose niedergegangen, durch welche ernster Schaden angerichtet worden ist.

Konstantinopel, 14. August. Infolge der wachsenden Choleragefahr in Kassim Pascha am goldenen Horn, wo insgesamt gestern 150 Fälle gezählt wurden, beschloß die Stadtpräfektur, die Choleragegenden zu räumen und unter Beobachtung zu stellen.

Eisenbahnunglück.

München, 14. August. Gestern abend stieß auf dem Bahnhof Sternberg eine Rangiermaschine mit einem Personenzug zusammen. Vier Personen wurden schwer, 23 leicht verletzt.

Cholera in Frankreich.

Montpellier, 13. August. In Lunel und St. Bres sind je ein Cholerafall festgestellt worden. Es sind sofort umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Ein Pilgerzug, welcher aus Kroatien nach Lourdes fahren wollte, ist in Italien wegen der Choleragefahr angehalten worden. 280 Pilger eines anderen Zuges, der von Toulon ankam, durften die Stadt nicht betreten.

Letzte Nachrichten.

Die Spionagesuche.

Brüssel, 14. August. Die Agence de extreme oriente veröffentlicht den Wortlaut eines japanischen Geheimbefehls, das die Gründung einer Genossenschaft für Spionage enthält.

Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Kinderwagen u. Klappstuhl billig zu verkauf. Beesenerstr. 11, 2 Tr.

Arbeitsmarkt

Anständiger Mann
an jedem Ort gesucht für gutbezahlte Nebenbeschäftigung. Off. unter H. M. 747 an Ellers & Eichel, Magdeburg.

Hutnadelschützer sicherer Schutz gegen Verletzungen durch zu lange Hutnadelspitzen.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Makulatur verkauft Hall. Genossensch.-Buchdruckerei.

2 Rock- u. 2 Hosenschneider
sucht per sofort auf Tarif, bei dauernder Beschäftigung
G. A. Schmerwitz, Cönnern (Saale).
Herrenmoden.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2) 12. Aug.

Aufgeboten: Elektrotechniker Tentscher und Helene Rockmann (Salzberg 22). Kaufmann Foerst und Elly Dunker (Düsseldorf und Leipzigerstr. 13). Materialverwalter Bornträger und M. F. E. Lindner (Bretsleben u. Eismannsdorf). Pianobauer Plofs und G. L. Hünniger (Gera).

Eheschließungen: Schuhmacher Geller und Erna Mroynski (Bernhardstraße 43 und Töpferplan 5). Metalldreher Pfeiffer und Martha Schlegel (Sternstraße 1). Arbeiter Thormann und Berta Worch (Charlottenstraße 22 und Büschdorf). Reg.-Baumeister Henden und Luise Gräger (Ludwig Wuchererstraße 1 und Lindenstraße 78a). Tapezierer Brüggemann u. Hedwig Boubrau (Magdeburg und Freimfelderstraße 81). Kernmacher Schulze und Ida Kopf (Kl. Märkerstr. 3 und Bennstedt). Maschinentechniker Wellhausen und Margarete Glück (Wernberdorferstraße 28 und Pfännerhöhe 1). Maurer Mehlig und Marie Schneider (Hirtenstraße 16 und Steg 10). Arbeiter Bussian und Bally Gurland (Dryanderstraße 31 und Brunoswarte 28). Arbeiter Trebesius und Minna Koblmann (Kleine Märkerstraße 4 u. Schlamm 13).

Geboren: Küchenchef Groll S. (V. Vereinsstraße 13). Arbeiter Hinze S. (Weingärten 30). Pol.-Sergt. Neidt S. (Völlbergerweg 9). Schmied Albrib T. (Turmstr. 155). Schmied Hartmann Sohn (Thüringerstr. 29). Kaufmann Kaiser S. (Merseburgerstr. 44). Maurer Brandenberger T. (Torstraße 37). Ingenieur Weiß S. (Niemeyerstraße 6). Kaufmann Blank aus Nanaimo T. (Grünstraße 7/8). Arbeiter Mischohr S. (Liebenauerstraße 18).

Gestorben: Städt. Ingenieur Kretschmer, 51 J. (Zietenstr. 31). Witwe Luise Mohr geb. Müller, 78 J. (Gr. Brauhausstraße 18). Bäckers Beck S., 2 Mon. (Thüringerstraße 3a). Wiw. Albertine Matschke geb. Kupfer, 69 Jahre (Merseburgerstr. 150). Schlossers Zeschmar T., 3 Mon. (Landsbergerstr. 49). Packers Einecker S., 1 Mon. (Lauchstädterstr. 27). Arbeiters Gurowy Sohn, 1 J. (Steinweg 45).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a) 12. August.

Aufgeboten: Restaurateur Kaethner und Meta Scheunig geb. Zimmermann (Hordorferstraße 5).

Eheschließungen: Werkmeister Krieger u. Elise Riechel (Ammendorf und Lessingstraße 25d). Kutscher Klutentreter und Ida Hansen (Wörthstraße 4). Arbeiter Blasinski und Luise Hannemüller (Trotharerstraße 38 u. Möllicherstraße 8). Apothekenbesitzer Bahn und Marie Aßmann (Chemnitzer und Burgstr. 36).

Geboren: Maschinisten Miedlich T. (Trotharerstraße 49). Vorarbeiter Morawe T. (Saalestr. 5). Zigarrenmacher Heine S. (Große Wallstraße 44). Maurer Jäger S. (Feldstraße 4). Bizefeldwebel Böger S. (Dessauerstraße 70).

Gestorben: Witwe Tschöpe geb. Rühlmann, 77 J. (Fleischerstraße 17). Arbeiter Schochert aus Beesenstedt, 32 J. (Diakonissenhaus).

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.). — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jänicke. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191108 15-14/fragment/page=0008